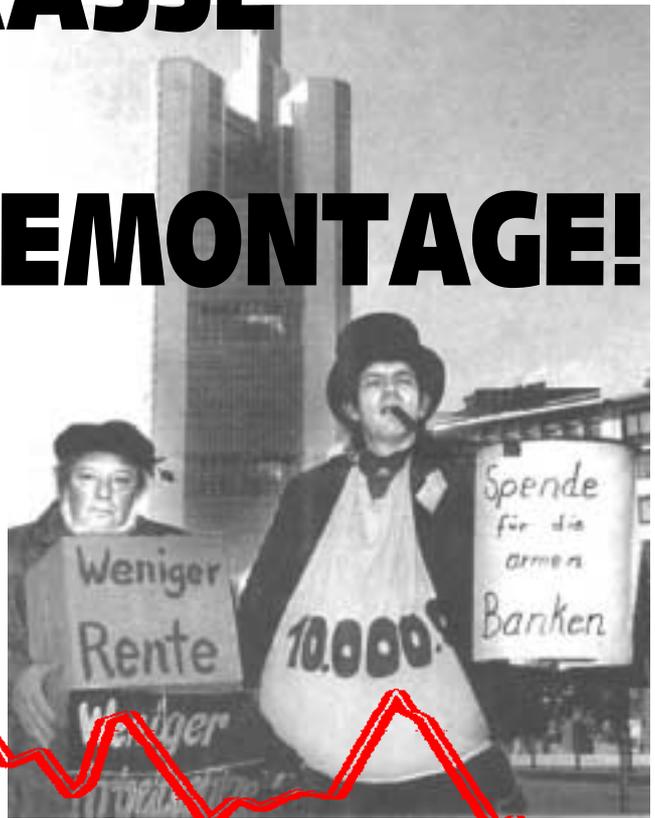
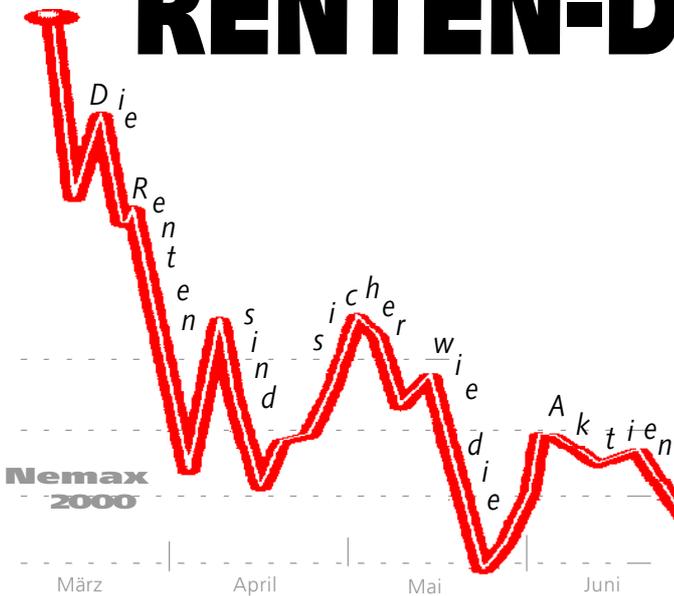


AUF DIE STRASSE gegen RENTEN-DEMONTAGE!



„Die SPD-geführte Bundesregierung wird die unsoziale Rentenpolitik unmittelbar nach der Bundestagswahl korrigieren“ (SPD-Wahlprogramm '98). Aber auf Kohl und Blüms Verschlechterungen bei den Renten folgt jetzt die Abrissbirne.

Von Ursel Beck, Köln

Getreu der Ideologie des Neoliberalismus werden die Grundprinzipien des Sozialversicherungssystems außer Kraft gesetzt. Die Unternehmer werden aus der Rentenfinanzierung entlassen. Die soziale Absicherung im Alter wird zur Privatsache erklärt. Durch indirekten Zwang zum Abschluss von Privatrenten werden unsere Renten den Risiken der Finanzmärkte aus-

geliefert und den Versicherungskonzernen und Banken milliardenschwere Profitquellen erschlossen.

Solidaritätsprinzip ausgehebelt

Für Ausfallzeiten wie Ausbildung, Kindererziehung und Arbeitslosigkeit gibt es bei privaten Versicherungen 100 Prozent

Ausfall bei den Rentenansprüchen. Privatversicherungen bezahlen keine Renten an Hinterbliebene. Gleichzeitig will Riester die Witwenrente bei der gesetzlichen Rentenversicherung von 60 auf 55 Prozent kürzen. Für die Masse der Frauen, die durch ihre Erwerbsbiografie ohnehin schon unter miesen Renten zu leiden haben, bedeutet Riesters Rentenprivatisierung der freie Fall in die Altersarmut. Oder will die Regierung vielleicht dafür sorgen, dass für Frauen endlich genügend und angemessen bezahlte Jobs geschaffen werden, damit sie sich selbst einen ausreichenden Rentenanspruch sichern können? Davon ist weit und breit nichts zu sehen.

Frauen als Rentner 2. Klasse

Massenarbeitslosigkeit und immer krassere Mängel in der öffentlichen Kinderbetreuung und Unterrichtsausfall an den Schulen tun das übrige, um Frauen die volle Berufstätigkeit zu verwehren. Und schafft es Frau trotzdem zu jobben, kriegt sie

schnell zu spüren, was Privatisierung der Rente bedeutet. Für die längere Lebenserwartung der Frauen kassiert die Allianz eine um 10 Prozent höhere Prämie als bei Männern. Versichert sich Frau auch noch privat gegen Berufsunfähigkeit, weil Riester die gesetzliche Berufsunfähigkeitsrente weiter demontiert, bezahlt sie einen ungefähr 10-prozentigen Zuschlag, weil Frauen angeblich „häufiger psychische Erkrankungen“ haben.

Gewerkschaften in die Offensive

Die gesetzliche Rentenversicherung war die Antwort von Bismarck auf die wachsende Stärke und Kampfbereitschaft der Gewerkschaften und Sozialdemokratie Ende des 19. Jahrhunderts. Mit Reformen von oben sollte eine Revolution von unten verhindert werden. Es ist keine Frage, dass die Gewerkschaften mit ihrer heutigen Stärke in der Lage sind, die gesetzliche Rentenversicherung und erkämpfte Sozialleistungen zu verteidigen. Mit einem Streik von 100.000 Metallern bei

Daimler und anderen Autokonzernen wurde im Herbst 1996 die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall verteidigt. Massenproteste bis hin zum politischen Streik gegen den geplanten Renteklausur würde die Schröder-Regierung schnell zum Rückzug zwingen. Die Gewerkschaftsführung blockiert mit ihrer kompromisslischen Haltung gegenüber der Schröder, Riester und Co. die Kampfbereitschaft der Gewerkschaftsbasis. Sie macht sich damit zum Komplizen von Riester. Um eine Kursänderung innerhalb der Gewerkschaften durchzusetzen, muss jetzt Druck organisiert werden aus Betrieben und Gewerkschaftsgliederungen. Die Gewerkschaftslinken und oppositionelle Strömungen in verschiedenen Gewerkschaften, Regionen und Branchen müssen eine führende Rolle dabei spielen. ■

So sehen wir das – Kommentare zur Rentenreform:

„Das ist wirklich Klasse. Ich hab 18 Mark Rentenerhöhung bekommen dieses Jahr. Und am gleichen Tag beschließen sie im Landtag von Düsseldorf eine Diätenerhöhung von 285 Mark. Ich wehre mich dagegen, dass meine in 50 Jahren Arbeit erworbene Rente auch nur gering gekürzt wird, um wie geplant, Ministergehälter zu verdoppeln.“

Heinrich Miehs, 74-jähriger Rentner, Köln

„Die Rentenpläne der Bundesregierung sind frauenfeindlich und unsozial... Es grenzt schon an Hohn, wenn dann über den Rentenversicherungsträger direkt die Sozialhilfe beantragt wird. Besser wäre es, eine Grundversorgung zu gestalten, die allen Menschen im Alter ein sorgenfreies Leben gewährleistet und sie nicht zu BittstellerInnen bei den Sozialämtern macht.“

IG Metall Stuttgart, Ortsfrauenausschuss

Naher Osten
AM RAND DES KRIEGES

Seite 2

Castor-Transporte
GRÜNE ATOMKRAFT?
NEIN DANKE!

Seite 3

Serbien
ARBEITERKLASSE STÜRZT
MILOSEVIC

Seite 6-7

Forrester
KRITIKER DES
NEOLIBERALISMUS

Seite 9

Naher Osten am Rand des Krieges



Wie ein rasender Waldbrand hat sich der Aufstand, der in der Westbank und in Gaza begonnen hatte, ins eigentliche Israel verbreitet; er hat Massendemonstrationen in der ganzen arabischen Welt entfacht. Was sind die Ursachen?

Von Mandy Rabin, Israel

Viele Palästinenser empfinden sehr große Wut und Frustration, weil der Friedensprozess sich über Jahre hinzieht, ihnen nichts gebracht hat und nirgendwo hinführt.

Nach sieben Jahren Friedensverhandlungen besetzt die israelische Armee immer noch den größten Teil der Westbank und Teile von Gaza, und israelische Soldaten schießen immer noch auf unbewaffnete Zivilisten.

Gleichzeitig erleben sie Jassir Arafats Palästinenserbehörde als ein unterdrückendes, diktatorisches Regime mit massiver Pressezensur, wo JournalistInnen, Menschenrechtsaktivisten und StreikführerInnen häufig ohne Verfahren festgehalten werden – mit aktiver Zustimmung der israelischen und US-Führer.

Seit dem Beginn des Friedensprozesses im Jahr 1993 haben die Armut und Arbeitslosigkeit in Palästina massiv zugenommen.

Die sogenannte Friedensdividende bedeutet das Recht israelischer Kapitalisten die Araber als billige Arbeitskräfte auszubehuten. Die Folge waren Fabrikschließungen in Israel und steigende Arbeitslosigkeit unter Israelis. Für die palästinensischen Kapitalisten bedeutete es das Recht, fette Profite aus Wirtschaftsmonopolen in Palästina zu schlagen, so aus der Zementindustrie und dem Tourismus.

Auch die in Israel lebenden palästinensischen ArbeiterInnen und Jugendlichen wurden enttäuscht.

Sie blieben BürgerInnen zweiter Klasse und mussten auch noch die

Hauptlast der vierjährigen Wirtschaftskrise in Israel tragen. Die Rezession hat auch den jüdischen Teil der Arbeiterklasse in Israel getroffen.

Dies hat zu einem Gefühl des Verratenseins unter israelischen ArbeiterInnen und Jugendlichen geführt.

Tragischerweise fehlt eine sozialistische Führung, die der Bewegung eine klare antikapitalistische Stoßrichtung geben würde. Deshalb hat die Bewegung eine religiös, nationalistische Farbe angenommen.

Scheitern vorprogrammiert

1993 war das Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI), mit ihren damaligen kleinen Kräften in Israel, die einsame Stimme, die vorhersagte, dass der Osloer Friedensprozess auf kapitalistischer Grundlage unfähig wäre, die Ursachen des Konfliktes zu lösen und neue Feindseligkeiten deswegen vorprogrammiert wären. (Das CWI ist die internationale sozialistische Organisation, der auch die SAV angeschlossen ist)

Die Palästinenserbehörde spielt die Rolle eines Marionettenregimes, das im Auftrag des israelischen Staates und des US-Imperialismus die palästinensischen Massen unterdrückt.

Der Aufstand mag durch einen religiösen Funken entzündet worden sein, die Slogans und Feindbilder mögen religiös und nationalistisch sein, aber die Wurzel des Übels ist das kapitalistische System, das auf Armut und Unterdrückung aufgebaut ist.

Eine sozialistische Lösung

Maavak Sozialisti, (die Organisation des CWI in Israel), kämpft für die Errichtung eines sozialistischen Israels neben einem sozialistischen Palästina als Teil einer sozialistischen Föderation der Nahostvölker auf freier und freiwilliger Grundlage.

Nur ein Massenkampf für Sozialismus kann Frieden, Freiheit und Wohlstand bringen, nach denen sich alle Völker der Region so verzweifelt sehnen.

ausführliche Stellungnahme auf www.sav-online.de



Mehr als hundert Palästinenser wurden Opfer der Gewalt von israelischen Sicherheitskräften, darunter auch dieser Jugendliche

Krise der Neuen Wirtschaft

„Lügen, freche Lügen und Web-Aktienkurse“

Mit dieser Steigerung brachte die englische Financial Times am 13. Oktober ihr Vertrauen in Börsenbewertungen zum Ausdruck. Am Vortag war der US-Technologieaktienindex Nasdaq auf 3.074 gefallen - 39 Prozent niedriger als zum Jahreshöchststand am 10. März. Der deutsche Nemax-50-Index hatte im Oktober gegenüber seinem Höchststand sogar mehr als die Hälfte verloren.

Seit 1982 gab es in den USA einen gewaltigen Börsenboom, von dem in den letzten Jahren auch immer mehr europäische Länder mitgerissen wurden. Die High-Tech-Aktien boomen am meisten. Begründet wurde das damit, dass die Neuen Technologien die Wirtschaft völlig umkrempeln würden und gewaltige Gewinnmöglichkeiten brächten. Die Investitionen in Informationstechnologien (IT) stiegen, zum Beispiel in den USA in den neunziger Jahren von 30 auf 60 Prozent der Gesamtinvestitionen (die in den letzten Jahren auch kräftig zunahm).

Der Internetaktien-Boom, die Schaumkrone auf der Spekulationswelle, brach schon im April ziemlich zusammen, inzwischen werden aber auch Telefongesellschaften und Großkonzerne wie IBM gebeutelt, weil sich der IT-Boom offenbar sich dem Ende zuneigt. Der Börsenwert von Microsoft fiel von über 600 auf 280 Milliarden Dollar. Xerox verlor drei Viertel und muss schon

Konkursgerüchte dementieren. (Financial Times, 19.10.)

Der amerikanische Dow-Jones-Index erreichte am 18. Oktober 9.975 Punkte, den niedrigsten Stand seit März. Auch die Firmenleihen einiger Firmen gingen in den Keller. Die Kluft zwischen der Umlaufrendite von US-Staatsanleihen und riskanten Firmenanleihen (gewissermaßen die Gefahrenzulage) erreichte wieder den Stand der Finanzkrise vom Oktober 1998 (Economist, 14. 10.), als die US-Notenbank mit massiver Intervention einen Zusammenbruch verhindern musste.

Angesichts hoher Zinsen, hoher Ölpreise und der instabilen Lage in Nahost ist keine Erholung an den Börsen zu erwarten, eher ein weiterer kaskadenförmiger Fall.

Der Gedanke macht sich wieder breit, dass sich Aktienkurse nicht nur aufwärts bewegen können. Da der Glaube an die ständig steigenden Kurse in den USA ein Hauptfaktor bei

der Konsum- und Verschuldungsorgie war, die in den letzten Jahren der Hauptmotor der Weltwirtschaft war, würde ein Kippen der Börsenstimmung auch die realen Auswirkungen auf die drahtische Wirtschaft, auf Produktion und Handel haben. Es würde mal wieder gelten: Der Unternehmer trägt das Risiko und die ArbeiterInnen die Folgen.



Egal, ob hart oder weich...

Der Euro ist eine Waffe gegen uns

Politiker und Journalisten streiten, ob die Schwäche gerechtfertigt oder Folge der Vorurteile der Anleger ist. Einig sind sie sich aber über das Gegenmittel: Europa müsse für Kapitalanleger attraktiver werden.

Die konkreten Vorschläge laufen aber darauf hinaus, das internationale Kapital anzulocken, indem man ihm höhere Profite bietet als die Konkurrenz außerhalb des Euroraumes. Christian Noyer, Vizepräsident der Europäischen Zentralbank (EZB), formulierte das in einer Rede am 29. Juni so:

„Die jüngsten Lohnabschlüsse waren verhältnismäßig bescheiden, die öffentlichen Finanzen haben sich verbessert. Deregulierung und Privatisierung sind in einer Reihe von Bereichen auf dem Weg und es gibt Anzeichen, dass die Arbeitsmärkte schrittweise weniger starr werden. Es wird zwar aner-

kannt, dass Fortschritte gemacht werden, es ist jedoch auch klar, dass man noch einen ziemlichen Weg gehen muss. In allen diesen Politikbereichen sind weitere Anstrengungen erforderlich...“

Wenn auf diese Weise die internationalen Anleger nach Europa gelockt werden und ihre Dollar in Euro tauschen, dann soll die Nachfrage des Euro gegenüber dem Dollar und damit auch sein Wechselkurs wieder steigen. Tatsächlich ist ein schwacher Euro schlecht für die VerbraucherInnen, weil er zu steigenden Importpreisen (nicht zuletzt von Erdöl) und damit zu Inflation führt. Die Bundesbank früher und die EZB jetzt pflegen obendrein auf die kleinsten Anzeichen von Inflation mit Zinserhöhungen zu reagieren, die das Wirtschaftswachstum bremsen. Aber die Medizin, die uns gegen den schwachen Euro verordnet werden soll, ist weitaus schlimmer als die Krankheit.

Obendrein bestreiten unsere Politiker und Wirtschaftsbesitzer nicht, dass der schwache Euro auch Vorteile bietet. Er erleichtert Exporte in Nicht-Euro-Länder wie die USA. Dort stiegen im zweiten Quartal die Exporte (auf ein Jahr hochgerechnet) um 7,3 Prozent, die Importe aber um 17 Prozent - ein großer Teil davon waren Exporte aus Europa. Wenn der Euro eines Tages härter wird, ist es mit dem bequemeren Exporten vorbei. Dann werden die deutschen Manager über Exportprobleme und man-

gelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit klagen, so wie es bis vor wenigen Jahren wegen der harten Mark machten und wie es ihre Kollegen in den USA oder Britanien zur Zeit wegen dem harten Dollar und harten Pfund machen. Die Medizin gegen eine harte Währung, die man uns dann wieder verordnet wird, ist wunderbarerweise die gleiche wie die gegen eine weiche Währung, die wir gerade schlucken sollen: niedrige Tarifabschlüsse, staatliche Kürzungspolitik, Privatisierung, Deregulierung.

Die Erklärung für das „Wunder“ ist einfach: es geht in beiden Fällen um die Steigerung der Profite auf Kosten der Einkommen der Masse der Bevölkerung, der Arbeiterklasse (Lohnabhängige, RentnerInnen, Arbeitslose etc.). Die Konkurrenz der Wirtschaftsstandorte um Kapitalimport und Warenexport ist nur der Deckmantel für den Klassenkampf der Konzernbosse und ihrer Politiker gegen uns. In diesem Klassenkampf ist der Euro gegenwärtig eine wichtige Waffe. Deshalb sind wir nicht für einen harten oder weichen Euro, sondern gegen den Euro. Aber unsere Alternative ist nicht die „gute harte Mark“ oder die „gute weiche Lira“, sondern der Klassenkampf gegen die Herrschenden in Deutschland, Europa und weltweit.

Wolfram Klein, Stuttgart

unser standpunkt

PDS-Parteitag in Cottbus

Die Tür zur Mitte weit aufgestoßen

Die PDS müsse sich „breit in die Gesellschaft hineinbewegen“ und die „Tür weit öffnen“, meinte die neue PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer. Überhaupt war viel davon zu hören, dass die PDS die Probleme der Menschen ernst nehmen müsse. Das klingt gar nicht schlecht. Aber dabei bleibt es. Wenn die PDS es nicht bei Lippenbekenntnissen bewenden lassen würde, dann hätte sie zum Beispiel bei der Demonstration gegen die NPD-Zentrale mit Tausenden erscheinen müssen. Da die PDS in den letzten Jahren ihre Basis nicht massenhaft gegen Rassismus und gegen sozialen Kahlschlag mobilisierte, versagte sie im Osten, die Jugend zu erreichen und erleichterte damit den faschistischen Rattenfängern die Arbeit erheblich.

Im verschiedenen Leitartikel wird sehr korrekt aufgezählt, welche Politik SPD und Grüne treiben. Die PDS möchte nun die ausbleibenden Reformen in Angriff nehmen, wie einen öffentlichen Beschäftigungssektor oder die höhere Besteuerung der Unternehmensgewinne. Diese Reformen will die alte und neue PDS-Führung „mittelfristig“ aber durch ein „Mitte-Links-Bündnis“ durchsetzen, das heißt Koalitionen mit SPD und Grünen, also mit jenen Parteien, die eine Schweinerei nach der anderen durchziehen.

Ziel der Parteispitze ist die Beteiligung an einer SPD-geführten Regierung im Bund – möglichst schon 2002. Bisky traf sich mit Schröder, Momper (SPD) durfte auf dem „Einheitsfest“ am 3. Oktober in Berlin auftreten... Sogar bei Rieters Rentenreform hat die PDS signalisiert, mit einem „rot-roten Renten-Deal dem Minister aus der Klemme“ zu helfen (Kölner Stadt-Anzeiger vom 18.10.) PDS-Sozialexpertin Heidi Knake-Werner: „Wenn die SPD uns punktuell entgegenkommt, könnten wir uns in der Schlussabstimmung der Stimme enthalten.“

Die PDS verabschiedete sich schon vor einiger Zeit vom Ziel des Sozialismus als einer wirklichen gesellschaftlichen Alternative zum Kapitalismus. In Cottbus ging sie noch weiter. So tauscht sie „die Vorseilbänke“ gegen die Anfühlung „kritisch“, etwa um das Wort „Kapitalismus“ herum; sie tauscht auch „Systemopposition“ um in „gesellschaftliche Opposition“ (FAZ vom 16.10.).

Waren Parteivorstand und Bundestagsfraktion auf dem Münsteraner Parteitag vor einem halben Jahr noch gescheitert, bei Kriegen mit UN-Mandat „von Fall zu Fall“ zu prüfen, kam in Cottbus Opposition so gut wie gar nicht zu Wort. Dutzende Anträge

zum Leitartikel wurden durch einen pauschalen Verfahrensbeschluss von vornherein nicht zur Debatte zugelassen. Viele weitere Anträge wurden nicht aufgerufen und als „Material“ an Parteigremien verwiesen. Hunderte PDS-Mitglieder steckten ihre Energien in Anträge die nur für den Papierkorb bestimmt wurden. Zu keiner einzigen führenden Position gab es Gegenkandidaten. In der neu gewählten Parteispitze ist kein einziger, der den Münsteraner Beschluss unterstützte. Damit glückte die „personelle Konsolidierung“ von Bisky und Gysi zu Zimmer und Claus.

Das Motto des Parteitags lautete: „...dass ein gutes Deutschland blühe“. Damit missbraucht die PDS Bertolt Brecht. In Brechts Gedicht 1950, als Vorschlag für eine DDR-Nationalhymne als Alternative zum Imperialismus geschrieben, heißt es weiter: „...dass die Völker nicht erleblichen, wie vor einer Räuberin“. Der von der PDS verwendete Halbsatz dagegen könnte in dieser verkürzten Form auch für andere, rechte Parteien, werben. Schlimmer wurde das Ganze noch durch Zimmers Rede: „Deutschland ist schön. Ich liebe es und ich hasse zugleich Dinge, die es (...) hässlich erscheinen lassen (...)“ George Marchais ... schloss jede Parteitage mit dem Satz: Vive la France! Vive la France würde ich mir hier auch noch traue.“

ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche werden die PDS an ihren Taten messen. Und in den Bewegungen der letzten Jahre spielte die PDS meist eine untergeordnete Rolle. Zimmer lobte andere KP's in Europa, die auf Reformkurs sind. In der Realität steht die sogenannte „Linksregierung“ in Frankreich immer heftigeren Protesten seitens der ArbeiterInnen und der Jugend gegenüber. In Kommunen und Ländern passiert der PDS bereits das Gleiche. In Sachsen-Anhalt, wo die PDS Kürzungen bei den Kindergärten mitrug, brachte die PDS zum Beispiel die ErzieherInnen gegen sich auf.

Auch wenn sich immer noch viele PDS-Mitglieder gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau engagieren, zeigt Cottbus einmal mehr, dass der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei in Ost und West das Gebot der Stunde ist. Allerdings führt die Entwicklung der PDS auch vor Augen, wie entscheidend es ist, sich kompromisslos mit den Herrschenden anzulegen und eine grundlegend andere, sozialistische Systemalternative aufrecht zu erhalten.

AKWs und Castor-Transporte

„Die sind nicht dicht - sin' se nicht!“



Dieser Spruch war auf einem Transport bei den jüngsten Protesten in Philippsburg zu lesen - in Anspielung darauf, dass die Castor 5 Behälter nicht ganz geschlossen werden konnten. - Jetzt sollen die Castor-Transporte wieder rollen - falls wir sie lassen.

Von David Schulz, Kassel

Rückblick Mai 1998: Nachdem auch in der Öffentlichkeit bekannt wird, was Atomkraftbetreiber und Behörden schon lange wissen, nämlich dass radioaktive Verunreinigungen an Castor-Behältern die Grenzwerte teilweise um mehr als das tausendfache überschreiten, wird ein Atomtransportestopp verhängt. Ein halbes Jahr später gewinnt Rot-Grün die Bundestags-

wahl, eine Partei die ihre Wurzeln in der Anti-Atom-Bewegung hat, stellt den neuen Umweltminister. Ein Ende der Atom-Ara? RWE und Konsorten kriegen endlich ihre Grenzen aufgezeigt?

Mitnichten! Sämtliche Prinzipien und Erkenntnisse im Bezug auf die Gefahren der Radioaktivität waren sofort vergessen, als man mit der Atomlobby an einem Tisch saß. Eine realistische, durchschnittliche Restlaufzeit von 35 Jahren. Längere Laufzeiten, wenn unrentable Werke früher vom Netz gehen (wie jetzt in Stade). Einberechnung von Werken, die ohnehin nicht mehr weiterproduziert hätten (Mülheim-Kärlich). Castor-Transporte und Plutoniumwiederaufbereitung (offiziell bis 2005, der aufgestaute Atom Müll in La

Hague und Sellafeld reicht aber locker, um bis 2020 arbeiten zu können) etc. etc. - eher die weihnachtliche Wunschliste der Atomlobby als ein sogenannter Kompromiss. Das sieht auch Otto Majewski, Chef des Bayernwerks und Vorsitzender des „Deutschen Atomforum“ so: „Unser erklärtes Ziel, die deutschen Kernkraftwerke zu wirtschaftlich akzeptablen Bedingungen weiterhin nutzen zu können, haben wir erreicht. Die rot-grüne Bundesregierung wäre durchaus in der Lage gewesen, den Bestand und den Betrieb der deutschen Kernkraftwerke nachhaltig zu beeinträchtigen.“

Ein Prinzip der Anti-Atom-Bewegung immerhin haben die Grünen nicht vergessen: Die paritätische Überwachung des Ausstiegs. Statt Umweltgruppen, Bevölkerung und Gewerkschaften allerdings untersteht die Kontrolle einer Arbeitsgruppe aus 3 Vertretern der Regierung - und 3 Vertretern der Unternehmen.

Ein Problem, das die neugewonnenen Freunde aber haben, ist, dass viele der AKW's trotzdem vom Netz gehen müssen, wenn der Atom Müll nicht schleunigst weggeschafft wird.

Die Lageräume für hochradioaktive, abgebrannte Brennelemente sind an vielen Werken zum Bersten voll, am krassesten in Brunsbüttel, Biblis B, Neckarwestheim 1 und 2 und eben Philippsburg 1 und 2. Allein bis zum Sommer 2001 soll es nach Angaben der Betreiber zwischen 33 und 40(!) Transporte geben. Von Neckarwestheim und Biblis sind Transporte ins Zwischenlager Ahaus schon genehmigt. Für den Atom Müll in Philippsburg bleibt nur der Weg ins Wiederaufbereitungs-lager nach Frankreich. Denn die Castor 5 Be-

hälter, die zur Interimslagerung benutzt werden sollten, kriegt die Betriebsmannschaft nicht dicht! Für Wiederaufbereitungs-transporte „müssen“ die Behälter aber nicht ganz so dicht sein. Da nur ein Transportbehälter TN13 zur Verfügung steht, muss dieser als „Mehrwegflasche“ zwischen Philippsburg und La Hague pendeln. Hier ist eine Schwachstelle der Atombetreiber. Wenn in Philippsburg und den anderen Werken genügend Menschen die Transporte blockieren, stehen die Betreiber bald bis zum Hals in ihrem eigenen radioaktiven Urnat. Werden die Castoren also lange genug aufgehalten, können wir die Werke vom Netz blockieren - sonst müssten die Bosse die ausgebrannten Brennstäbe schon in den Garagen ihrer Villen lagern, und wohin dann mit den schönen Autos? Solche Blockaden können aber nur funktionieren, wenn sich Tausende an ihnen beteiligen. In Deutschland gibt es viele Beispiele für gestoppte Atomprojekte: Die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf, der schnelle Brüter in Kalkar, der Hochtemperaturreaktor in Hamm, die Brennelementfabriken in Hanau, die DDR-Reaktoren in Greifswald und Stendal. In Salzgitte protestierte kürzlich die Belegschaft des VW-Werks gegen die Inbetriebnahme des Atom Müllendlagers Schacht Konrad. Und die x-tausendmal-quer-Kampagne beginnt wieder. Beteiligen wir uns. Denn: Jeder Tag Atomstrom ist ein Tag zuviel. ■

Ihr da oben ...



Anständig?

Bundeskanzler Schröder fordert einen „Aufstand der Anständigen“ gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Was aber passiert wenn jemand aufsteht, und sich an den Staat wendet, um ausländischen Opfern von Nazi-Überfällen eine sichere Wohnung zu besorgen, zeigt folgendes Beispiel.

Wir drucken hier einen gekürzten Auszug aus der Berliner Zeitung vom 18.10.2000.

„Wir werden bedroht,“ sagt Ramona Singh, 35, der Frau in der Telefonzentrale. Weil die Beamten vom Menschenrechtsreferat im Wochenende sind, wird Frau Singh zufällig mit Dorothea Thalheim (Name geändert) verbunden, einer 39 Jahre alten Diplomatin. „Wir haben Angst. Wir trauen uns nicht aus dem Haus. Helfen Sie uns“, sagt Frau Singh. Und Frau Thalheim ist unfähig zu sagen: Das Auswärtige Amt hat andere Aufgaben. Sie notiert sich Frau Singhs Nummer und sagt: „Sie hören von mir.“

Frau Thalheim beginnt zu telefonieren, um eine Unterkunft für die Familie zu finden. Sie glaubt, es sei nicht schwer in diesen Tagen, nicht zuletzt, da Gerhard Schröder einen „Aufstand der Anständigen“ eingefordert hat. Also ruft sie zuerst beim Bundeskanzleramt an - geholfen wird ihr nicht. Dann meldet sie sich beim Bundespressesamt - ebenfalls ohne Erfolg. Schließlich wählt sie die Nummer einer Hotline des Bundesgrenzschutzes - sie hört ein paar freundliche Worte. Mehr nicht. Frau Thalheims Unterstützung für die Familie war erfolglos. So blieb Familie Singh nur der Weg zum Sozialamt. Am Montag ließ sie sich dort registrieren. Doch die vermittelte Wohnung (zwei Zimmer, kleines Bad, Erdgeschoss) war eine Ladenwohnung mit Schaufenster. Die Singhs lehnten ab.

Bisher gelang es den Singhs nämlich nicht Anzeige zu erstatten gegen die Menschen, die sie angegriffen haben und gegen die Polizei, von der sie sich beraten fühlen. Die Beamten schickten sie mehrfach weg.“

Lügen haben kurze Beine

Während der SFB-Talkshow Berliner Platz übergaben Erwerbslose 82.000 Unterschriften für ein „Arbeitslosenticket für alle“ an die Staatssekretärin für Umwelt und Verkehr, Maria Krautzberger (SPD). Nach der Sendung lehnte die Senatsvertreterin es ab, die Unterschriften mitzunehmen. Sie „habe keinen Wagen zur Verfügung“. Zu dumm, dass ihr Chauffeur samt Limousine vor dem SFB-Gebäude stand. Dann telefonierte Krautzberger - mit dem Fahrer? Während sich der Diskussionssteilnehmer des Vorstandes der Verkehrsverbetriebe, Walde, im dicken BMW weg-fahren ließ, ging Krautzberger an ihrer Limousine vorbei - hinter den Busbahnhof, um dort in ihre Dienstlimousine einzusteigen (aus Sprachrohr, IG Medien-Zeitung, Nr. 4).



... wir hier unten



Nicht grüne Parlamentsarbeit - sondern Proteste wie hier am 8. Oktober diesen Jahres in Philippsburg, sorgten bislang dafür, dass von den ursprünglich geplanten 90 AKWs in der BRD 70 nie gebaut wurden

Wirbelstürme, Überschwemmungen, Lawinunnglücke Wie natürlich sind Naturkatastrophen?

So genannte Naturkatastrophen gehören mittlerweile zum Wetterbericht dazu. Erkennt man sich an die Ereignisse der letzten Jahre ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die Überschwemmungen in Norditalien Mitte Oktober, die bisher mehrere Dutzend Menschenleben kosteten, in diesem Herbst nur der Anfang sind. In den 90er Jahren standen immer wieder Städte Europas unter Wasser: Köln 1993, Valencia 1996, Turin 2000.

Im Herbst 1998 wütete der Hurricane Mitch in Nicaragua und Honduras, im gleichen Jahr wurden weite Teile der USA von verheerenden Schneestürmen heimgesucht. Anfang diesen Jahres wurden 1,8 Millionen obdachlos durch die Flutkatastrophe in Mosambik, 50.000 starben bei Überschwemmungen in Venezuela. Insgesamt gab es bei allen wetterbedingten Katastrophen in den letzten fünf Jahren ungefähr drei Millionen Tote.

Von Conny Dahmen, Aachen

Sind Stürme, sintflutartige Regenfälle, Rekordkältetiefs und extreme Hitzewellen wirklich so „natürlich“? Für viele Wissenschaftler ist schon lange offensichtlich, dass sie die ersten Anzeichen für die Auswirkungen des Treibhauseffektes sind und damit der Energiepolitik, die die führenden kapitalistischen Staaten betreiben.

Mehr als die Hälfte der künstlichen Erderwärmung geht auf den Ausstoß von Kohlendioxid zurück, also hauptsächlich auf die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas. Den größten Teil trägt die Energiewirtschaft dazu bei (in Deutschland zum Beispiel zu 31 Prozent). Weltweit wird Energie zu 75 Prozent aus fossilen Brennstoffen gewonnen, in den westlichen Ländern zu 90 Prozent.

Treibhauseffekt

Die Folge davon ist eine globale Aufheizung des Klimas. Seit Beginn des Industriezeitalters ist die

weltweite Durchschnittstemperatur bis heute um 0,5 Grad Celsius angestiegen. Forscher erwarten bei gleichbleibenden Emissionen eine weitere Erwärmung um 1,5 bis 4,5 Grad bis 2100.

Bereits bei 2,5 Grad würde das „ewige Eis“ der Pole anfangen zu schmelzen, der Meeresspiegel stiege dann nach Schätzungen zwischen 5 bis 95 Zentimeter. Da zwei Drittel aller Großstädte an der Küste liegen und 70 Prozent der Weltbevölkerung in Küstengebieten leben, würden die dann anstehenden Überschwemmungen eine Art Völkerwanderung verursachen. Es gibt Vermutungen, dass zusätzlich der Golfstrom zum Versiegen kommen könnte, was eventuelle Hoffnungen auf traumhafte Sommer hierzulande zunichte macht: die Durchschnittstemperatur in ganz Westeuropa würde dann um circa 10 Grad sinken!

Durch den Treibhauseffekt steigern sich auch die Windgeschwindigkeiten: heute fallen ungefähr vier mal so viele Stürme über die Erde her wie in den Sechzigern. Auch die Niederschläge nehmen zu - seit 1900 allein in Deutschland um 10 Prozent im Jahr. Das war auch eine Ursache für die Überschwemmungen an der Oder 1997, wo an einem Tag soviel Regen wie sonst in einem ganzen Monat fiel. 40 Prozent des tschechischen Staatsgebietes standen folglich unter Wasser, mehr als 100 Menschen starben.

Neben der globalen Klimaerwärmung sind die Bebauung gefährdeter Gebiete und die Begrädnung von Wasserläufen Ursachen für Hochwasser. Laut dem Naturschutzbund Deutschland (NABU) wurde der Rhein zum Beispiel seit Mitte des 19. Jahrhunderts um 40 Prozent verkürzt.

Profitstreben

Was uns als kompletter Wahnsinn erscheint, ist für die Großkonzerne eine riesige Profitquelle: von den zehn größten Multis gehören acht zur Ölbranche. Sie werden niemals zugunsten der Umwelt auf ihre Rekordgewinne verzichten. Energiesparten ist für sie geradezu geschäftsschädigend. Da ist es kein Wunder, dass die



Zu den Städten Europas, die in den letzten Jahren unter Wasser standen, gehörte 1996 auch Valencia

Industriestaaten von den Beschlüssen zur Senkung der Kohlendioxidemissionen - um 20 bis 40 Prozent! -, die bis jetzt auf zahlreichen Klimakonferenzen getroffen wurden, keinen einzigen auch nur annähernd umgesetzt haben. Nach wie vor werden nur 0,4 Prozent der weltweiten Energieversorgung aus regenerativen Energien erzeugt.

Die ex-kolonialen Länder

Am härtesten bekommen die Länder der ex-kolonialen Welt die Auswirkungen der Klimaveränderung zu spüren - gleichzeitig haben sie jedoch am wenigsten Teil an den energietechnischen Errungenschaften des Kapitalismus. Während das reichste Fünftel der Weltbevölkerung 58 Prozent der globalen künstlichen Energieerzeugung konsumiert, haben zwei Milliarden Menschen keinen Zugang zu Elektrizität. Während die führenden Industriestaaten 80 Prozent der Treibhausgase weltweit produzieren, stammen die Toten der Naturkatastrophen zu 96 Prozent aus der ex-kolonialen Welt.

Der Grund ist die massive Ausbeutung dieser Länder für die Profitinteressen des internationalen Kapitals. Ein Beispiel für die extremen sozialen Auswirkungen der Stürme, Überschwemmungen

und Erdbeben ist Nicaragua: dort forderte Hurrikan Mitch 11.000 Todesopfer, machte eine Million Menschen obdachlos und schnitt ein Drittel des Landes von der Elektrizitätsversorgung ab. Nicaragua hat mit 6,1 Milliarden Dollar - also 2.400 Mark pro EinwohnerIn - die höchsten Schulden der Welt, das Durchschnittseinkommen pro Kopf liegt bei 1,2 Dollar am Tag.

Ausbeutung statt Hilfe

Die harten Auflagen des IWF (Internationaler Währungsfonds) zur Schuldentilgung stürzt die große Mehrheit der Bevölkerung in immer größere Armut, ausreichende Schutzmaßnahmen gegen Katastrophen sind nicht vorhanden. Gleichzeitig übertrumpfen sich die Teilnehmer der IWF-Tagung Ende September in Prag in herzzerreißenden Mitleidsbekundungen für die „3. Welt“. Wie wenig sie das Leiden der Opfer ihrer Politik interessiert, machte die Flutkatastrophe in Mosambik Anfang 2000 deutlich: erst nach drei Wochen bequeme sich Deutschland, sieben Rettungshubschrauber und eine vergleichsweise lächerliche Summe von 10 Millionen DM als „Soforthilfe“ in das Katastrophengebiet zu schicken! Auch Mosambik wurden seine Schulden nicht erlassen, sondern nur gestundet. Alle afrikanischen

Länder südlich der Sahara zahlen zusammen 10 Milliarden Mark im Jahr an die Banken, was mehr ist als ihre Gesamtgaben für Gesundheits- und Bildungswesen. Insgesamt beläuft sich der Schuldenberg der ex-kolonialen Länder auf mehr als 2.000 Milliarden Dollar - bei einer Bevölkerung von 4,4 Milliarden Menschen.

Sozialismus ist nötig

Im kapitalistischen System kann es für diese Länder keine Entwicklungsmöglichkeiten geben - welche imperialistische Macht hat schon Interesse daran, an Einfluss zu verlieren, welcher Konzern zieht sich freiwillig neue Konkurrenten groß? Solange es möglich ist, auf Kosten von Mensch und Umwelt Geld zu scheffeln, wird das Kapital eine umweltfeindliche Energiegewinnung verhindern, werden die Regenwälder weiter abgeholzt und immer neue Autobahnen gebaut.

Was wir brauchen ist eine sozialistische Planwirtschaft, in der die Ressourcen nicht von einer kleinen reichen Minderheit, sondern demokratisch von der Mehrheit der Menschen kontrolliert werden: ein Wirtschaftssystem, das nicht über Leichen geht, sondern sich an den Bedürfnissen von Mensch und Natur orientiert. ■

Studentenwerk Aachen

Solidarität mit Manfred Engelhardt

Manfred Engelhardt, Personalratsvorsitzender und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Personalräte der NRW-Studentenwerke, ist gekündigt worden. Wegen seinem jahrelangen erfolgreichen Kampf gegen alle Versuche, die Essensversorgungsbetriebe für Studenten zu privatisieren, ist Manni schon immer den Deutschen Studentenwerken und der NRW-Landesregierung ein Dorn im Auge gewesen. Schlimmer noch aus der Sicht der Arbeitgeber, hat Manni geheime Verhandlungen zwischen dem ÖTV-Hauptvorstand und den Deutschen Studentenwerken (VORAN hat darüber im Oktober berichtet) über einen neuen Tarifvertrag aufgedeckt und durch seine maßgebliche Wirkung vereitelt. Der neue Vertrag hätte eine Lohnsenkung mindestens um 1/3 bedeutet und den Arbeitgebern Einsparungen in Millionenhöhe beschert.

Rache des Arbeitgebers

Die Rache des Arbeitgebers ließ nicht lange auf sich warten. Dem Kollegen Manni wurden kurz hintereinander 7 Abmahnungen in weniger als 4 Wochen zugestellt, unter anderem wegen einer Pressekonferenz zu den Geheimverhandlungen angeblich im Personalratsbüro, und wegen einer angeblichen Verletzung der Geheimhaltungspflicht. Kollege Manni dazu: „Ein Personalrat ist kein Geheimrat!“. Der Personalrat wurde mit

Schikanen überhäuft, zum Beispiel mit einer Kommunikationssperre nach außen belegt. Mittlerweile sind nach dem Motto „doppelt hält besser“ zwei Kündigungen gegen Manni eingegangen! Es ist durchgesickert, dass die Deutschen Studentenwerke ihre Geschäftsführer aufgefordert haben, alles dran zu setzen, Engelhardt los zu werden.

Da der Personalrat zu Recht alle fabrizierten Abmahnungen und Kündigungen einstimmig zurückgewiesen hat, versucht die Geschäftsführung nun die Kündigung mittels einstweiliger Verfügung durch Gerichtsbeschluss durchzusetzen.

„Abmahnungen sind wie Ehrenurkunden. Eingerahmt und aufgehängt zieren sie jedes Klo.“

Christian Wagemann,
Mensa-Beschäftigter

Solikomitee

Am 27. September haben KollegInnen aus dem Studentenwerk, andere GewerkschaftsaktivistInnen und SAV-Mitglieder in Aachen das Solikomitee „Stopp der Arbeitgeberwillkür gegen Manni Engelhardt“ gegründet. Die Öffentlichkeit in Aachen wurde über Presse und Radio informiert. Studentenwerke in Deutschland, aber auch andere Betriebe und Gewerkschaftsgliederungen, wurden über das Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV und SAV-Ortsgrup-

pen um Solidarität gebeten. Mehrere Dutzend Solidaritätsadressen von Betriebs- und Personalräten, Vertrauensleuten und einzelnen KollegInnen sind bereits eingegangen. Die Kollegen im Studentenwerk stehen voll hinter Manni, der gerade demonstrativ von den Personalräten der NRW-Studentenwerke einstimmig zum Vorsitzenden ihrer Arbeitsgemeinschaft wiedergewählt wurde.

„Der Chef ist längst nervös und kriegt schon mal einen Wutanfall wegen der Flut von Protestbriefen“, so eine Kollegin, die in der Nähe des Faxgerätes sitzt.

Soliveranstaltung erfolgreich

„Breite Front für Engelhardt. Mit 40 Kollegen wurde gerechnet, doch als die Krisensitzung begann, war der Saal zum bersten voll“, so beginnt der Bericht der Aachener Zeitung vom 14. Oktober über die erste Solidaritätsveranstaltung mit über 75 TeilnehmerInnen, darunter mindestens 30 vom Studentenwerk. Unter einer überwiegend antikapitalistischen Stimmung wurde von vielen RednerInnen die Privatisierungspolitik der rot-grünen Landesregierung und die fehlende Kampfbereitschaft der Gewerkschaftsführung kritisiert. Besonders viel Applaus bekam Ursel Beck - die im Namen des SAV-Bundesvorstands solidarische Grüße überbrachte - für ihren Hinweis auf die Notwendigkeit einer neuen Arbeiterpartei und des Kampfes für eine sozialistische Alternative zum kapitalistischen Chaos. Allen Anwesenden war



Protest vor dem Arbeitsgericht. Manfred Engelhardt ist der erste von links

klar, dass es sich hier um eine politische Kündigung handelt, die mit aller Kraft abgeschmettert werden muss. Im Saal herrschte eine Stimmung von lebendigen Klassenkampf. Der Angriff richtet sich nicht nur gegen Engelhardt und die KollegInnen vom Studentenwerk. Studierende sind letztendlich ebenfalls betroffen. Darum muss gemeinsam Gegenwehr auf die Beine gestellt werden.

Bislang hat das Solikomitee Protestaktionen vor der Tagung des Verwaltungsrats des Studentenwerks Aachen und vor dem Arbeitsgericht bei der Verhandlung über einer Abmahnung des 1. stellvertretenden Personalratsvorsitzenden organisiert. Nächste größere Aktionen - Demo und mögliche Arbeitsniederlegung - sind für den Termin der Gerichtsverhandlung über die Kündigung geplant. Bis dahin

muss der Druck auf den Arbeitgeber hochgehalten werden.

Schickt bitte Protestbriefe an:

Geschäftsführer Werner Stark,
Studentenwerk Aachen, Turmstr. 3
52072 Aachen, Fax: 0241 - 8884161

Solibriefe an:

Personalrat
Studentenwerk-Aachen
Turmstr. 3, 52072 Aachen
Fax: 0241 - 8884321
E-mail: ManniEngelhardt@aol.com

und an das Solikomitee:
Fax: 0241 - 5150972

Gaëtan Kayitare, Sprecher
des Solikomitees

Kämpfen lohnt sich: Streiks bei Opel-Bochum und W & P-Dinkelsbühl

Am 26. September berichteten beim Stuttgarter Zukunftsforum Gewerkschaften KollegInnen von Opel-Bochum und Werner & Pfleiderer in Dinkelsbühl von ihren jüngsten Arbeitskämpfen.

Opel-Bochum

Im April wurde bekannt, dass sich General Motors, der größte Konzern der Welt und Mutterkonzern von Opel, bei Fiat einkauft. Dabei sollen die Bereiche Motoren & Getriebe und Einkauf Joint Ventures bilden. Für Opel Bochum sollte das bedeuten, dass ihr Werk 2 (1.100 von 13.000 Beschäftigten) zum Motoren & Getriebe-Joint Venture gehören würde.

Die Beschäftigten fürchteten dadurch schlechtere Bedingungen in Werk 2 und eine Spaltung und damit Schwächung der Belegschaft. Bei einer mehr als zehnstündigen Belegschaftsversammlung mit 10.000 KollegInnen konnte die Geschäftsleitung am 8. Juni die Ängste nicht zerstreuen. Als die Aufsichtsratsitzung am 13. Juni auch keine Ergebnisse

brachte, traten die KollegInnen am 14. in den Streik. Der Streik wurde von Gewerkschaftsmitgliedern organisiert. Die Führung und die Betriebsratsmehrheit haben die Standort- und Co-Managementideologie so verinnerlicht, dass sie weniger forderten, als am Schluss erreicht wurde: eine auf fünf Jahre befristeten statt einer unbefristeten Beibehaltung von „einem Betrieb mit einer Belegschaft“.

Wegen der geringen Lagerhaltung gab es bald Produktionsausfälle in ganz Europa. Am dritten Streiktag gab der größte Konzern der Welt in einer zentralen Frage nach (und muss dafür sogar seinen Vertrag mit Fiat umschreiben).

W & P-Dinkelsbühl

Das Werk Dinkelsbühl in Bayern wurde in den sechziger Jahren als verlängerte Werkbank des Stuttgarter Maschinenbauers Werner & Pfleiderer gegründet und vor vier Jahren verkauft. Der neue Chef hat sich 70 Kleinbetriebe zusammengekauft und will sie nach Kräften auspressen. Die Dinkelsbühler Belegschaft akzeptierte Einsparungen von

10 Millionen (bei damals noch 450 Beschäftigten). Aber Ende 1999 versuchte der Boss einen Frontalangriff: Austritt aus der Tarifbindung, neue Arbeitsverträge, 40 Stunden für den Lohn von 35 etc. Die Beschäftigten organisierten Dutzende Betriebsversammlungen, um sich auf den Kampf vorzubereiten, weil sie wussten, dass dieser Gegner nur nach hartem Kampf nachgeben würde. Bei einer öffentlich durchgeführten Urabstimmung stimmten 90 Prozent (bei einem Organisationsgrad von 97 Prozent) für Streik, der am 14. Februar begann.

Während des Streiks setzte der Chef Beschäftigte massiv unter Druck, ließ um Mitternacht Computer aus dem Werk schaffen, um Angestellte zu Hause oder in anderen Firmen als Streikbrecher zu verwenden. Er brachte 43 Angestellte dazu, neue Tarifverträge zu unterschreiben. Die IG Metall organisierte Demonstrationen mit 1.800 TeilnehmerInnen, in den ersten Streikwochen führen täglich Busse mit KollegInnen zur Unterstützung der Streikposten aus Stuttgart nach Dinkelsbühl. Schließlich lenkte die Geschäftsführung ein. Die Belegschaft erhielt

die Zusage zum Verzicht auf betriebsbedingte Kündigung für 2 Jahre und Investitionen. Abmahnungen wurden zurückgenommen. Nicht ausreichend hatte der Kampf, um einen Wechsel vom nordwürttembergischen in den schlechteren bayrischen Metalltarif zu verhindern.

Gewerkschaftslinker

Die Berichte und Diskussion waren ein Schlag ins Gesicht der Gewerkschaftsfunktionäre, die in vorauseilendem Gehorsam auf Kampf verzichteten, Co-Management betreiben und für ihren Ausverkauf gebetsmühlenartig wiederholen: „mehr war nicht drin“. Die Veranstaltung zeigte aber auch, dass die Gewerkschaftslinker eine Rolle dabei spielen kann, Kampfbeispiele bekannt zu machen. Dadurch können KollegInnen und Belegschaften in anderen Betrieben und Regionen zum Kampf gegen die Bosse ermutigt werden - auch gegen die Bremser aus den eigenen Reihen.

Wolfram Klein, Stuttgart

Gewerkschaftliche Opposition

Bundesweites Treffen des "Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV"

Das ÖTV-Netzwerk ist seit 1996 bestehender Zusammenschluß von KollegInnen, die mit dem Kurs der ÖTV nicht einverstanden sind und dagegen eine innergewerkschaftliche Opposition aufbauen. Das nächste bundesweite Treffen findet am 25.11.2000 um 10.30 Uhr in Köln, Naturfreundehaus Köln-Ost, Kapellenstr. 9a (Hinterhaus) statt. Die Themen sind: Die ÖTV nach dem Gewerkschaftstag, Riesters Rentenangriff und rot-grüner Sozialabbau. Das Netzwerk hat eine Unterschriftenliste und eine Resolution zur aktuellen Auseinandersetzung um die Rente herausgebracht. Beides kann zum Einsatz auch in anderen Einzelgewerkschaften angefordert werden.

Nähere Infos bei Steffi Nitschke, Tel. 0561/899764 oder 0179/6499612 e-mail: netzwerk_kdoetv@gmx.de

„Schluss mit den Saalreden!“

21.10.: Protestveranstaltungen der IG Metall in Berlin/Brandenburg und in Bochum

Berlin: Wut an der Basis

Viele der 300 Vertrauensleute und Betriebsräte sind ziemlich wütend, dass die IG Metall nicht schon längst angefangen hat, Proteste gegen die Rentenreform zu organisieren. In Chemnitz und in anderen Orten, wird ein Marsch nach Berlin gefordert. Vertreter von Seniorenarbeitskreisen rufen, dass endlich Schluss mit den Saalreden sein muss, und man jetzt vor den Bundestag ziehen soll...

Führung bremst

Das Motto der Hauptrednerin Ursula Engelen-Käfer vom DGB-Vorstand ist: nicht zu viel fordern, sonst werden wir nur enttäuscht. Zitat: „Ihr könnt euch gar nicht vorstellen, wie groß der Druck hinter den Kulissen auf mich ist und wie schwer ich es habe!“ Auf Forderungen von KollegInnen, doch endlich auf die Straße zu gehen und massiven Druck zu organisieren, entgegnet sie: „Wir können die Kollegen doch jetzt nicht auf die Bäume jagen, um sie dann einzeln wieder herunterzuholen.“

Bochum

„Was soll das hier? Warum verstecken wir in uns in einer Halle, wenn wir protestieren“. So ein Kommentar eines der 4.000 Metalller, die dem Aufruf der IGM in die Ruhrländhalle gefolgt waren. Innerhalb kürzester Zeit sammelte eine Unterstützerin des ÖTV-Netzwerks 34 Unterschriften für die Forderung nach einer Großdemonstration, für politische Streiks und für den Ausstieg aus dem Bündnis für Arbeit. Außerdem erhielt sie 78 Mark Spenden von den KollegInnen für die Kampagne. ■



Rentenkompromiss ist Beschiss!

Unser Programm

1. Für die Verteidigung aller erreichten Standards

- * Nein zum Einstieg in die private Altersvorsorge
- * Keine Geschenke an die Unternehmer
- * Keine Beitragserhöhungen für die abhängigen Beschäftigten
- * Keine weitere Absenkung des Rentenniveaus

2. Für eine Rentenreform im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung

- * Recht auf vollen Rentenanspruch ab 55 Jahren für alle und weiter verkürztes Renteneintrittsalter bei Berufsunfähigkeit
- * Für eine Rente in Höhe von mindestens 75 Prozent des Nettoeinkommens bzw. garantierte staatliche Mindestrente von 2.000 Mark für jede/n RentnerIn - in Ost und West
- * Überführung der Versicherungskonten und Banken in Gemeineigentum
- * Finanzierung der Defizite der Rentenkassen und zusätzlich benötigten Rentengelder über staatliche Zuschüsse. Der Staat muss das Geld bei denen holen, die durch Arbeitsplatzvernichtung und Nichtbeschäftigung die Lächer in den Sozialkassen verursachen

3. Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- * Sofortige Einstellung der Verhandlungen der Gewerkschaftsführung über einen Rentenkompromiss
- * Sofortiger Ausstieg aus dem Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit. Riesters Rentenangriff ist die Konsequenz aus den dort gemachten Zugeständnissen zur Senkung der Lohnnebenkosten
- * Voller Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft bis hin zu Streiks mit dem Ziel: Riesters Rentenangriff zu stoppen
- * Schluss mit der Werbung für private Rentenversicherungen durch den Mitglieder-Service der Gewerkschaften
- * Schluss mit einer Politik, die allen gewerkschaftlichen Grundsätzen und Beschlüssen von Gewerkschaftstagen widerspricht
- * Wahl- und Abwählbarkeit aller Funktionäre. Jederzeitige Rechenschaftspflicht gegenüber der Basis
- * Kein Funktionär darf mehr verdienen als einen durchschnittlichen Lohn der Gewerkschaftsmitglieder
- * Aufbau einer organisierten innergewerkschaftlichen Opposition und einer politischen und personellen Alternative zur heutigen Gewerkschaftsführung
- * Die Gewerkschaftslinker und oppositionelle Strömungen müssen die Führung unter Druck setzen, den Kampf zu führen. Falls die Gewerkschaftsführung dies verweigert, müssen oppositionelle Gewerkschaften gemeinsam mit Euromarsch-Bündnis, Erwerbsloseninitiativen und anderen Initiativen Proteste organisieren

Heraus am Nikolaus!

6. Dezember: Jugendstreiktag in Bremen

Wie in der VORAN vom März berichtet, haben wir in Bremen Anfang des Jahres, mit der Gründung des „NixDa!“-Bündnisses, eine Kampagne gegen Kürzungen im Jugendbereich begonnen. Bisheriger Höhepunkt war eine Demonstration von 500 Jugendlichen am 29.5. Darüber hinaus besetzten wir wiederholt den Jugendhilfeausschuss, der über die Umsetzung der Kürzungen entscheidet. Während der Kampagne sammelten wir über 5.000 Unterschriften gegen die Politik des Senats.

Ausweitung der Proteste notwendig

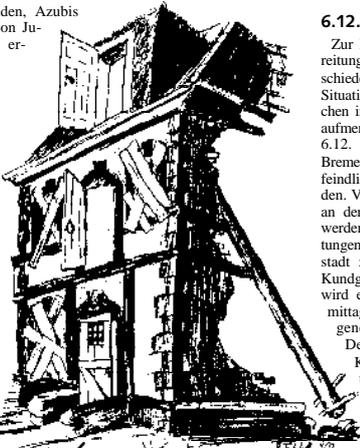
In allen Bereichen, die uns Jugendliche betreffen, wird gekürzt wo es nur geht: An Schulen, Hochschulen, Ausbildungsplätzen und schließlich auch an Freizeit und Kulturangeboten, die wir dringend brauchen. Dabei sieht die Situation in diesen Bereichen schon jetzt katastrophal aus.

Um den Kampf gegen die Kürzungen erfolgreich zu führen, ist es notwendig die Proteste aller

Bereiche zusammenzufassen. Aus diesem Grund hat die SAV Bremen die Initiative für ein breites Jugendbündnis von SchülerInnen, Studierenden, Azubis und Angestellten von Jugendeinrichtungen ergriffen.

Jugendbündnis gegründet

Seit mehreren Wochen haben wir mit einer Plattform von Förderungen UnterstützerInnen für einen breiten Jugendstreiktag gesucht. Bereits vor dem ersten Treffen hatten wir die Unterstützung der GesamtschülerInnenvertretung (GSV), der AstAs beider Hochschulen des NixDa!-Bündnisses, der DGB-Jugend und der Deutschen Postgewerkschaftsjugend. Am 12. 10. fand



Der Jugend stehen

alle Türen offen!?

aus allen Bereichen anwesend.

So konnten wir sieben Arbeitsgruppen bilden, die den Tag vorbereiten. In allen Gruppen arbeiten Mitglieder der SAV mit.

6.12. Jugendstreiktag

Zur Mobilisierung und Vorbereitung des Tages planen wir verschiedene Aktionen, die auf die Situation der Bremer Jugendlichen in den einzelnen Bereichen aufmerksam machen sollen. Der 6.12. wird ein Aktionstag der Bremer Jugend gegen die jugendfeindliche Politik des Senats werden. Vormittags wird es Projekte an den Schulen geben. Mittags werden Demoszüge von Einrichtungen und Schulen in die Innenstadt ziehen, wo eine zentrale Kundgebung stattfindet. Danach wird ein breitgefächertes Nachmittagsprogramm in einer Jugendeinrichtung stattfinden.

Den Abschluss bildet ein Konzert von Bands aus betroffenen Jugendeinrichtungen.

Kommt alle und nehmt an den Aktionen am Bremer Jugendstreiktag teil! Nehmt nichts hin, wehrt Euch, gemeinsam sind wir stark!

Moritz & Simon, Bremen

Eat my shorts - Scherf!



Wir fordern:

- ➔ Keine Kürzungen im Jugend- und Sozialbereich!
- ➔ Mehr Geld für Bildung!
- ➔ Ausbau der Gesamtschulen!
- ➔ Nein zu Studiengebühren!
- ➔ Für eine staatliche Ausbildungsregelung für alle - Unternehmer, die nicht ausbilden, sollen zahlen!
- ➔ Für eine monatliche, elternunabhängige Grundversicherung von 1.500 Mark für alle ab 16!
- ➔ Erhalt aller Arbeitsplätze, kein Stellenabbau im öffentlichen Dienst!

Prag, 23.-26. September:

Tausende gegen den IWF-Gipfel

Am 26. September protestierten in Prag mehr als 10.000 gegen die Hauptversammlung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank. Damit hat sich Prag in die Liste der Städte eingereiht, die heute Symbol für Widerstand gegen Kapitalismus und Neoliberalismus sind: Seattle, Washington, Okinawa, Millau, Melbourne... Den Repräsentanten des Kapitals wurde die Suppe gründlich versalzen. Sie mussten ihren Gipfel vorzeitig beenden und auf Abschlussfeierlichkeiten verzichten.

Unter den DemonstrantInnen waren unter anderem 500 Schwedinnen und Schweden, mehrere hundert aus Norwegen und Finnland, 300-500 aus Griechenland, 1.000 aus Italien, noch mehr aus Britannien und

Spanien. Unter den TeilnehmerInnen war auch eine Delegation von Mitgliedern der SAV und mehrerer anderer Sektionen des Komitees für eine Arbeiterinternationale (CWI), die auch der tschechischen Schwesterorganisation Socialisticka Alternativa Budoucnost Unterstützung gaben.

In Madrid hatte es ebenfalls am 26. September eine Paralleldemonstration von 4.000 Jugendlichen gegeben. Wenige Tage später gingen jeweils 5.000 in Madrid und in Barcelona erneut auf die Straße, um die Repressalien der tschechischen Polizei anzuprangern. 750 tschechische Jugendliche wurden verhaftet; außerdem 130 weitere Jugendliche aus verschiedenen Ländern. Viele von ihnen wurden Opfer von Misshandlungen auf den Polizeikommissariaten.



POPKOMMERZ: Durch Musik reich werden

Wem gehört eigentlich Musik?

„Über Musik schreiben ist wie zu Architektur tanzen...“. Sowohl im Mainstream als auch in den verschiedenen Undergrounds gibt es unzählige Magazine, die versuchen, über „ihre“ Musik zu schreiben. Fakt ist aber erstmalig - Musik wird von jedem anders interpretiert, abhängig von Stimmung, Laune und Umgebung.

Von Marc Treude, Azubi bei Warner Music

Musik ist fast so alt wie die menschliche Gesellschaft. Schon in den frühesten Gesellschaftsformen gab es primitive Instrumente. Gleichzeitig mit der Entstehung der menschlichen Sprache entwickelten sich Gesänge, mit denen die Erfahrungen der Sippe an die nachfolgende Generation weitergegeben wurden. Im Mittelalter existierten die berühmten Hofnarren, die eine musikalische Tradition entwickelten. In den Genuss jener Musik kamen freierlich nur die Herrschenden jener Zeit. Erst mit dem Aufkommen des Kapitalismus und der Entstehung von internationaler Ar-

beitsteilung bekamen breitere Schichten die Möglichkeit, Musik zu hören. Aber erst mit der Erfindung einfacher Medien wie dem Grammophon oder dem Tonband ergab sich die Möglichkeit, Musik zu konservieren und zu vervielfältigen. Hiermit ergab sich für die Kapitalisten erstmals die Gelegenheit, aus Musik in größerem Stil Profit zu machen.

Der Markt bestimmt?

Heute beherrschen einige wenige Medienkonzerne den Musikmarkt. Allein Sony, EMI und Warner Music teilen sich über die Hälfte des weltweiten Absatzes von CDs und Schallplatten. Um ihren Profit zu sichern, muss die Musikindustrie eine Nachfrage nach günstig zu produzierender Musik schaffen. Der Großteil der Songs, der heute im Radio und in den Musikkanälen dudelt, könnte zu Hause am PC gemacht werden. Um aber den eigenen Profit zu sichern, arbeiten Musikproduzenten an neuen „Trends“, gutaussehende Zielgruppenfänger werden gecastet, neue „Künstler“ werden erfunden.

Bei rebellischen Jugendbewegungen wird versucht, diese zu kaufen. Auch ganze Jugendbewegungen werden erfunden. Bands, die sich eigentlich bewusst vom Mainstream abgrenzen wollten, werden zum neuen Hype, ein Selbstmörder wird zum Helden einer Generation erkoren, ohne dass er selbst oder die Generation es gewollt hätten (die Rede ist hier von Nirvana und Kurt Cobain). Aber damit haben sich die Major-Labels noch immer nicht allen Kredit verwirkt. Die Bands heißen anders, der Einfluss der Plattenbesitzer ist gebrochen.

Mainstream und Underground

Musik war aber schon immer auch eine Ausdrucksform für Protest, unterdrückte Teile der Gesellschaft identifizierten sich mit ihrer Musik. Die Schwarzen in Amerika mit Gospel und später Hip-Hop, Arbeiterjugendliche in England mit Punk, den sie im Zuge der Kommerzialisierung in Oi! umtaufen. Heute sind breite Schichten von Jugendlichen in irgendeiner

Form im Underground von Techno, Hip-Hop, Hardcore/Punk und so weiter aktiv. Es gibt Magazine, Konzerte, Parties und Jams, die sich fernab von den Medienkonzernen bewegen. Hier gibt es die Möglichkeit, für wenig Geld junge Bands zu sehen, die die gleichen Erfahrungen machen, wie man selbst. Es gibt eine Diskussionskultur und die Möglichkeit, selbst aktiv zu werden. Leider sind diese Szenen manchmal auch elitär, was wiederum Jugendliche abschreckt.

Mit MP3 alles vorbei?

Durch das Internet und verschiedene Programme kann man sich Musik direkt mit seinem Computer beschaffen, vorausgesetzt man hat einen. Die Medienkonzerne klagen gegen den Anbieter MP3, weil dieser unrechtmäßig Songs übers WWW vertreibt. MP3 müsste 20 Millionen Dollar an EMI und Sony zahlen, für MP3 eine verhältnismäßig kleine Summe. Warner Music hat die Weichen für die Zukunft im Internet bereits gestellt. Nach der Fusion mit AOL wird der weltgrößte Me-

dienkonzern versuchen, das Downloaden von Songs zu kommerzialisieren.

Profite statt Musik

Eine weitere geplante Fusion mit dem britischen EMI-Konzern ist kürzlich geplatzt. Die großen Medienkonzerne haben den Markt längst unter sich aufgeteilt. Interesse an der Kontrolle des Internets haben alle großen Medienkonzerne. Diese brauchen Zugpferde, mit denen sich Zigmillionen verdienen lassen. Ein Beispiel: Die neue Madonna-CD „Music“ war mit 2,8 Millionen Einheiten die größte Erstauflage von Warner Music, hergestellt im einzigen europäischen Standort WMME-Aisdorf bei Aachen innerhalb von drei Wochen. Das sind fast eine Million pro Woche oder 200.000 pro Tag. Bei einer solchen Großauflage sind die Herstellungskosten pro Stück minimal, der Verkaufspreis liegt trotzdem bei über 30 Mark. Andere MusikerInnen bringen vielleicht weniger Profite, aber rechnen tun sie sich allemal. Wenn nicht, werden die Verträge halt gekündigt oder anstehen-

de Platten gar nicht produziert.

Musik statt Profite!

Junge, unabhängige MusikerInnen stehen vor vielerlei Problemen. Sei es die Suche nach einem bezahlbaren Proberaum, einer günstigen Aufnahmemöglichkeit, Auftrittsorte oder einfach das viel zu teure Equipment. Es gibt unzählige unbekannte Bands und MusikerInnen, die bestimmt besser sind als das, was im Radio oder Fernsehen gespielt wird, sie sind nur in den Augen der Musikkonzerne nicht profitabel. Diese Gesellschaft ist potenziell so reich an musikalischen Erregungsschichten, wird aber regelrecht arm gehalten. Junge MusikerInnen sollten sich gemeinsam mit ihren Fans, Jugendzentren und Gewerkschaften wie der ÖTV und der IG Medien für ihre und unsere Interessen einsetzen. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, dass es die Musikkonzerne sind, deren Macht wir brechen müssen, um einen wirklichen kulturellen und gesellschaftlichen Aufschwung zu erreichen.

Arbeiterklasse stürzt Milosevic

Arbeiteraufstand in



5. Oktober in Belgrad: eine Million demonstrieren gegen Milosevic

Einmal mehr rückte der Balkan in der ersten Oktoberwoche in den Mittelpunkt des Weltgeschehens. Doch im Gegensatz zu den schrecklichen Ereignissen des letzten Jahrzehnts, die von nationalistischen Exzessen, Kriegen und Massenverreibungen geprägt waren, wurden die Nachrichten vom 5. Oktober nicht von nationalistischen Kriegstreibern, sondern von über einer Million Arbeiterinnen und Arbeitern, Jugendlichen, Bäuerinnen und Arbeitslosen geschrieben.

Innerhalb weniger Tage hat ein Massenaufstand der Arbeiterklasse dem verhassten Regime Milosevic ein Ende bereitet. Die serbischen ArbeiterInnen haben mit ihrem Generalstreik und dem Aufstand eindrucksvoll eine Wahrheit bestätigt, auf die SozialistInnen immer wieder hinweisen: wenn die Arbeiterklasse einheitlich und entschlossen han-

Revolutionen sind Festivals der Unterdrückten

delt, kann sie von keiner Macht der Welt, keinem noch so waffenstrotzenden Militärapparat aufgehalten werden. Die Massenbewegung erreichte den Sturz von Milosevic in wenigen Tagen, während die NATO (die natürlich ihre eigenen imperialistischen Ziele verfolgte) in mehr als zwei

Monaten Krieg dazu nicht in der Lage war.

Im Oktober besuchten Vlado Bacic und Stephan Kimmerle Serbien im Auftrag des Komitees für eine Arbeiterinternationale (der internationalen sozialistischen Organisation, der die SAV angeschlossen ist). Auf diesen Seiten analysieren und beschreiben sie die revolutionären Geschehnisse.

Revolutionen sind die Festivals der Unterdrückten. Die serbische Arbeiterklasse hat sich nach einem Jahrzehnt von wirtschaftlichem Niedergang, Kriegen und sozialen Katastrophen endlich aufgerichtet und ihr Schicksal in die eigenen Hände genommen. Revolutionäre Situationen entstehen, wenn die Herrschenden ihre Herrschaft mit den alten Methoden nicht weiter aufrecht erhalten können und wenn die Massen die Verhältnisse nicht weiter akzeptieren wollen. Serbien war nach zwölfjähriger Herrschaft von Slobodan Milosevic am Ende der Sackgasse angekommen. Drei Kriege, der Zerfall Jugoslawiens und der Zusammenbruch der Ökonomie hatten den serbischen Massen unvorstellbare Opfer und Entbehrungen aufgebürdet. Über Jahre hatte die Arbeiterklasse nicht die Proteste der bürgerlichen, pro-kapitalistischen Opposition der Herren Djindjic und Kostunica unterstützt, da sie kein Vertrauen in den vorgeschlagenen Kurs hatte. Doch in den letzten Wochen wurde das Gefühl, dass es so nicht weitergehen kann, vorherrschend. Die Arbeiterinnen und Arbeiter entschlossen sich gegen Milosevic in Akti-

on zu treten, nicht weil sie sich für die Oppositionspolitiker begeisterten, sondern weil sie den Sturz Milosevics richtigerweise als eine notwendige Voraussetzung erkannten, um irgendwelche Veränderungen zu erzielen. Sie wussten, was sie nicht mehr wollten, ohne zu wissen, wie eine Alternative aussehen könnte.

Was die NATO in 73 Tagen trotz modernster Waffen nicht schaffte – die serbischen ArbeiterInnen und Jugendlichen schafften das innerhalb einer Woche: den Sturz Milosevics

Wirtschaftlicher Niedergang

Die tiefere Ursache für die revolutionäre Massenbewegung ist der wirtschaftliche Niedergang, den das Land in den 90er Jahren durch die Einführung der Marktwirtschaft und die Beteiligung an drei Kriegen erlitten hat. Während die Bevölkerung Jugoslawiens noch in den 80er Jahren einen der höchsten Lebensstandards in Osteuropa genießen konnte, ist das Einkommen auf ein Achtel des Standes von 1990 gesunken. Der Durchschnittslohn liegt bei 80 Mark (Zahlen aus Süddeutsche Zeitung, 14.10.00). Die Produktion ist seit 1989 um zwei Drittel gesunken. Diesen wirtschaftlichen Niedergang verdankt

die serbische Bevölkerung dem Regime Milosevic, der mit Privatisierungen und der Wiedereinführung kapitalistischer Wirtschaftsverhältnisse der Deindustrialisierung den Weg bereite und Ressourcen in die Durchführung von Kriegen und nicht für die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung steckte. Ebenso tragen die NATO-Staaten eine enorme Verantwortung, denn sie haben Serbien im letzten Jahr gezielt um Jahrzehnte zurückgebrochen, Industrieanlagen und Verkehrswege zerstört, eine Umweltkatastrophe verursacht und ZivilistInnen umgebracht.

Milosevic konnte über Jahre erfolgreich seine nationalistische Propaganda benutzen, um die serbischen Massen abzulenken, die Verantwortung für wirtschaftliche und soziale Probleme auf „äußere Feinde“ zu schieben und ihre Hoffnungen auf Siege in den militärischen Abenteuer zu steuern. Doch nach drei verlorenen Kriegen sind alle Hoffnungen zerstört und schlagen diese auf das Regime Milosevic zurück.

Wahlfälschung

Die offensichtliche Manipulation der Präsidentschaftswahlen waren so nur der Tropfen, der noch gefehlt hatte, um das Fass zum Überlaufen zu bringen. Aus Protest gegen die ignorierten Versuche der Milosevic-Clique mit allen Mitteln an der Macht zu bleiben, entwickelte sich in der Woche vor dem Aufstand am 5. Oktober eine landesweite Streikbewegung. Nach Berichten aus Belgrad arbeiteten im ganzen Land nicht mehr als 100 Betriebe. „Jetzt oder nie“ wurde zum Motto der Massen und es entwickelte sich eine Endkampf-Stimmung. Der Aufstand, der sich am 5. Oktober ereignete, hatte einen weitgehend spontanen Charakter, beinhaltete aber auch einige geplante Ereignisse. Von entscheidender Bedeutung im

Vergleich zu allen vorherigen Protestbewegungen, vor allem auch im Vergleich zu den täglichen Massendemonstrationen vor vier Jahren, war, dass es diesmal nicht Zehntausende, sondern über eine Million waren und diese Masse repräsentierte eben den Eintritt der Arbeiterklasse in die Ereignisse. Es war der Generalstreik und die Aktionen der ArbeiterInnen, die den entscheidenden Ausschlag gegeben haben und den letzten Nagel am Sarge Milosevics bedeuteten. Die entscheidenden Zentren des Aufstandes lagen in der Bergbaustadt Kolubara und in dem von der Opposition geführten Städten Cacak. Die Bergleute von Kolubara galten in der Vergangenheit als Bastion der Milosevic-UnterstützerInnen. Ihre Entscheidung in den Streik zu treten, drückte aus, dass sich im ganzen Land und unter allen Teilen der Bevölkerung eine Anti-Milosevic-Haltung durchgesetzt hatte und auch, dass sich das Regime gründlich verschätzt hatte.

Das Regime spaltet sich

Milosevic hatte die Wahlen vorziehen lassen. Dies war der Versuch einer Beruhigung der vor allem von der Studierendenorganisation Otpor getragenen Proteste im Laufe des ersten Halbjahres. Milosevic war sich offensichtlich eines Sieges sicher und hatte die Stimmung unter den Massen unterschätzt. Andere Teile des Staatsapparates, vor allem der Armee, waren näher an den Massen und wendeten sich schon in den Wochen vor dem Aufstand Stück für Stück von Milosevic ab. Diese Spaltung im Staatsapparat bedeutet aber nicht, dass es sich um ein durchgeplantes Schauspiel und einen inszenierten Machtwechsel gehandelt hat. Die Teile der Armeeführung, die im Vorfeld des 5. Oktober mit der Opposition Kontakt aufgenommen hatten und dieser zugesichert hatten nicht auf das Volk zu schießen,

drückten eben die Stimmung und Kampfbereitschaft unter den Massen aus.

Die ArbeiterInnen treten auf den Plan

Diese Kampfbereitschaft demonstrierten die ArbeiterInnen von Kolubara und Cacak am eindrucksvollsten. Die Kumpel von Kolubara ließen sich auch durch die Besetzung ihres Bergwerks durch die Sonderpolizei nicht einschüchtern. Die Bevölkerung der umliegenden Ortschaften kam ihnen zur Hilfe und die Polizeikräfte konnten nur zusehen, wie die von ihnen gebildeten Ketten durchbrochen wurden. Während die Bergarbeiter ihren Streik verteidigten, setzte sich aus Cacak eine Kolonne von Bussen, Lastwagen und einem Bulldozer in Richtung Belgrad in Bewegung, die sich auch durch mehrere Polizeibarrikaden nicht aufhalten ließen. Diese Kolonne aus Cacak wies den Weg für zehntausende ArbeiterInnen aus den Provinzstädten, die am 5. Oktober in Belgrad einzogen und im Laufe des Tages von hunderten Belgrader ArbeiterInnen und Jugendlichen unterstützt wurden.

Kostunica

Durch den Aufstand in Belgrad, die Erstürmung des Parlaments und der Fernsehstation wurde der Oppositionskandidat Kostunica auf den Präsidentenposten gehoben. Auch wenn die Opposition zu den Massendemonstrationen aufgerufen hatte, war sie doch erschüttert, als die Bewegung sich zu einem militanten Aufstand entwickelte und ihr aus den Händen glitt. So rief Kostunica nach dem Sturz Milosevics die streikenden ArbeiterInnen dazu auf, wieder an die Arbeit zurückzukehren und sagte, er sei von den Betriebsbesetzungen, die sich in der Woche nach dem Aufstand entwickelten, „alarmiert“. Dies drückt nur aus, dass weder Kostunica noch andere DOS-Führer



Nationalistische Spaltung und ethnische Konflikte

Die 90er Jahre waren von Nationalismus und tiefen ethnischen Spannungen geprägt. Die Krise des stalinistischen Jugoslawiens und die Wiedereinführung des Kapitalismus führten zum Auseinanderbrechen des Vielvölkerstaates und brachten in den einzelnen Republiken nationalistische Regime an die Macht. In Kroatien, Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo wurden die nationalen Konflikte mittels brutaler Kriege ausgefochten. Die leidtragenden waren hunderte Tausende KroatInnen, Muslime, KosovarInnen und SerbInnen, die in diesen Kriegen umgebracht, verletzt und vertrieben wurden.

Nur wenn die Arbeiterklasse die Ideen von sozialistischer Arbeiterdemokratie annimmt, kann der Nationalismus in der Region zurückgedrängt werden. Der Kapitalismus ist nicht in der Lage, die nationale Frage zu lösen. Sie kann nur gelöst werden, wenn die Arbeiterklasse das Recht auf Selbstbestimmung der Nationen auf ihre Fahnen schreibt. Das beinhaltet das Recht jeder Nation einen eigenen Staat zu bilden, wenn sie es wünscht. Das gilt für SerbInnen in den Gebieten, in denen sie die Mehrheit stellen, genauso wie für die albanische Bevölkerungsmehrheit im Kosovo. Da der Balkan jedoch ein nationales Mosaik darstellt, ist die Garantie der Rechte der nationalen Minderheiten auf Ausübung ihrer eigenen Kultur und voller demokratischer Rechte von entscheidender Bedeutung. Wenn die Arbeiterklasse ein solches Programm annimmt, wird sie den Weg zu einer freiwilligen, gleichberechtigten, sozialistischen Föderation der Balkanstaaten weisen können, die die nationale Frage lösen kann. ■

Betriebsbesetzungen und Arbeiterkomitees

Auslandskorrespondenten der englischen Financial Times schrieben in ihrer Ausgabe vom 11. Oktober unter den Überschriften „Jugoslawische Revolte breitet sich auf das tägliche Leben aus“ und „Arbeiter ziehen die Direktorenanzüge an“ vom bürgerlichen Standpunkt voller Sorge:

„Arbeiterkomitees haben gestern die Kontrolle vieler jugoslawischer öffentlicher Betriebe übernommen und von Milosevic eingesetzte Manager rausgeschmissen. (...) Im Gesundheitsministerium hat die Ärztegewerkschaft die Verantwortung übernommen, nachdem der Gesundheitsminister zurückgetreten war.“

„Streikkomitees, Arbeiterkomitees, Einsparungen und Absperrungen. Jugoslawien wurde gestern von Berichten überflutet, nach denen ArbeiterInnen gegen die Manager der Milosevic-Ara revoltierten. (...) In der Belgrader Universität schlossen Lehrkräfte und Studierende den Direktor und seine Verwaltung aus. (...) Die ArbeiterInnen nutzen die jugoslawischen Traditionen von öffentlichem Eigentum voll aus, wo (...) die Eigentumsrechte zwischen dem Staat, den Gewerkschaften und den ArbeiterInnenvertretern aufgeteilt waren. Unter Milosevic haben diese Unterscheidungen wenig bedeutet, da die wirkliche Macht von seiner Sozialistischen Partei und der Partei seiner Frau, JUL, kontrolliert wurde. Mit dem Zerfall von Milosevics Macht nehmen die ArbeiterInnen die kommunistische Rhetorik beim Wort und übernehmen die Unternehmen.“ ■

Die Heuchelei des Westens

Dieselben imperialistischen Machthaber, die noch vor einem Jahr Bomben auf die serbische Bevölkerung geworfen haben, spielen sich heute als die Freunde des serbischen Volkes auf. Bevor Milosevics Politik in Konflikt mit den imperialistischen Interessen auf dem Balkan geraten war, hatte ihn der Westen als einen Garant für Stabilität in der Region und „einen Mann, mit dem man Geschäfte machen kann“ betrachtet.

Die Blairs, Clintons und Schröders haben vor allem Angst, dass die serbische Arbeiterklasse weiter geht, als „nur“ Milosevic zu stürzen, ihre eigenen Interessen durchsetzt und die Leitung von Wirtschaft und Gesellschaft selbst in die Hand nimmt. Deshalb werden sie alles daran setzen, eine neue Regierung zu stabilisieren.

Der Westen hofft, dass ein neues Regime die Wirtschaft des Landes für multinationale Konzerne öffnen wird. Ihre Sorgen gelten nicht der serbischen Bevölkerung, sondern ihren eigenen Profitten. ■

Serbien

Vertreter der Arbeiterklasse sind. Sie sind pro-kapitalistische Politiker, die ein knallhartes neoliberales Programm für Serbien vorschlagen. Im DOS-Programm findet man Forderungen wie die Einführung der D-Mark als Parallelwährung, die Öffnung des Landes für ausländische Banken

Kostunica, der Westen und der Kapitalismus werden die Hoffnungen der Revolution nicht erfüllen

und ausländische Investitionen, die Beschleunigung des Privatisierungsprozesses und die Abschaffung von Zollbeschränkungen. Dieses Programm ist keine radikale Umkehr von Milosevics Politik, denn dieser hatte die Einführung der Marktwirtschaft seit Beginn der 90er Jahre betrieben. Es ist vielmehr eine andere kapitalistische Politik, die sich gegen den Wirtschaft und Staat dominierenden Milosevic-Clan richtet und die Zukunft Serbiens in enger wirtschaftlicher Integration mit dem Westen sieht. Dabei vertritt Kostunica eine ambivalente Position. Er ist einerseits serbischer Nationalist und hat Milosevic zum Beispiel 1995 beim Abschluss des Daytoner Friedensvertrages als „Verräter“ an der serbischen Sache kritisiert. Doch andererseits setzt er, um eine wirtschaftliche Entwicklung Serbiens zu erreichen, auf möglichst große Finanzspritzen aus dem Westen (aus Russland kann er aufgrund der dortigen wirtschaftlichen Lage kaum Hilfe erwarten). Die Öffnung des Landes gegen Westen bedeutet aber in Wirklichkeit die Auslieferung des

Landes an die imperialistischen Länder und multinationalen Konzerne. Diese Dynamik hat eingesetzt und es ist unwahrscheinlich, dass sie in nächster Zeit umgekehrt werden kann – es sei denn die Arbeiterklasse wählt einen unabhängigen politischen Weg in Richtung einer sozialistischen Alternative. Kostunica bleibt deshalb entweder Präsident von Europas und US-Amerikas Gnaden oder er wird eine vorübergehende Erscheinung sein.

Was bringt der Umsturz der Bevölkerung?

Setzt die DOS ihr wirtschaftspolitisches Programm um, wovon trotz der fortgesetzten Proteste der Arbeiterklasse auszugehen ist, wird das die soziale Lage der serbischen Arbeiterklasse weiter verschlechtern. Es mag sein, dass die westlichen Mächte kurzfristig einige Finanzhilfen locker machen werden (was auch durch Umschichtung von Leistungen des Balkan-Stabilitätspaktes aus Bosnien-Herzegowina oder Kosovo in Richtung Serbien möglich wäre) und dies Hoffnungen in Teilen der Arbeiterklasse in den Westen verstärken kann. Mittelfristig und langfristig wird sich das Schicksal Rest-Jugoslawiens aber nicht von den anderen ex-stalinistischen Ländern Osteuropas unter restaurierter kapitalistischer Herrschaft unterscheiden: Massenarbeitslosigkeit, quasi-koloniale Abhängigkeit vom Imperialismus, Armut, Abbau von Sozialleistungen, politische Instabilität.

Selbstbewusstsein der ArbeiterInnen

Doch der Aufstand ist gleichzeitig der Garant dafür, dass die

serbische Arbeiterklasse diesen Entwicklungen mit einem gesteigerten Selbstbewusstsein entgegenzutreten wird und neue Kämpfe gegen die neuen Machthaber vorprogrammiert sind. Die heutige Situation ist nicht mit 1989/90 vergleichbar. Die Illusionen, die nach den revolutionären Bewegungen in die Marktwirtschaft entstanden sind, werden sich in Serbien nicht wiederholen, denn die Arbeiterklasse hatte in den 90ern schon die Erfahrung mit einem von Milosevic durchgesetzten marktwirtschaftlichen System. Es ist kein Zufall, wenn verschiedene AktivistInnen in den letzten Wochen mit den Worten zitiert wurden, dass sie auch gegen die neue Regierung auf die Straße gehen werden, wenn diese es nicht besser machen sollte als Milosevic.

Eine sozialistische Alternative

Kostunica und die pro-kapitalistische Opposition wird Serbien nur in die nächste Sackgasse führen. Einen wirklichen Ausweg aus der Krise kann nur die Arbeiterklasse weisen, wenn sie genauso einheitlich und entschlossen, wie sie den Aufstand durchführte, die Geschicke des Landes in die eigenen Hände nimmt. Die Betriebsbesetzungen und Bildung von Arbeiterkomitees, die sich seit dem Aufstand entwickelt haben, gehen in die richtige Richtung. Alles was fehlt, ist eine sozialistische Arbeiterpartei, die ein Programm zum Sturz des Kapitalismus und der Bildung einer Arbeiterregierung aufstellt. Nötig ist ein revolutionäres Programm zur Abschaffung von Ausbeutung und zur Erämpfung wirklicher Demokratie. ■



Wir treten für folgende Forderungen ein:

- Bildung von demokratisch gewählten Komitees in den Betrieben und Hochschulen, sowie von Soldaten und Polizisten. Vernetzung dieser Komitees auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. Delegierte solcher Komitees müssen jederzeit wähl- und abwählbar sein und dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn
- Diese Komitees können die Basis legen für eine neue Regierung, die wirklich die städtischen und ländlichen ArbeiterInnen, die Studierenden, die Armen und alle ausgebeuteten Klassen repräsentiert
- Für sofortige, freie Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung. ArbeiterInnen und Jugendliche sollen auf allen Ebenen demokratisch VertreterInnen delegieren, die darüber diskutieren und entscheiden, auf welcher Grundlage Wirtschaft und Gesellschaft basieren sollen
- Für eine Regierung des arbeitenden Volkes
- Enteignung allen Eigentums von Milosevic und seinen Komplizen. Die Verurteilung von Milosevic ist Sache der arbeitenden Bevölkerung Serbiens, und nicht Sache von westlichen Organen, die von niemanden gewählt wurden und Repräsentanten der Kapitalisten sind, und damit für Ausbeutung und Kriege stehen
- Für einen wirtschaftlichen Notplan zum Wiederaufbau Serbiens auf der Grundlage der Überführung der wichtigsten Konzerne und Banken in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die Beschäftigten

Brief aus Belgrad – nach dem Aufstand

Auf den ersten Blick ist Belgrad zwei Wochen nach dem Massenaufstand gegen Milosevic wieder eine ruhige Stadt, in der das Leben seinen „normalen Gang“ geht. „Normal“ bedeutet hier aber „verrickt“, wie viele SerbInnen selber sagen. Wobei „kaputt“ wohl das passendere Wort ist. Diesen Brief schreibe ich bei Kerzenschein, da im Belgrader Stadtteil Banovo Brdo wieder einmal der Strom für Stunden ausgefallen ist. Dass der Kapitalismus in diesem Land schon unter Milosevic Einzug gehalten hat, sieht man an den überall sichtbaren krassen Unterschieden zwischen Arm und Reich. Während man häufig Menschen im Müll nach Lebensmitteln und „Wertbarem“ suchen sieht und die Straßen mit Händlern gefüllt sind, die vom Stück Seife bis zur Schwarzpressung der neuesten Madonna-CD alles anbieten, werden in den Geschäften von Betteton, Levi's und anderen westlichen Firmen Hosen und Schuhe angeboten, die teurer als der Durchschnittslohn von 80 Mark sind. Der westliche Besucher mag sich freuen, dass er die CDs für vier bis zwölf Mark bekommt, aber zwölf Mark sind schon mehr als die Arbeitslosenunterstützung, die nur ein Teil der Arbeitslosen bekommt. Eigentlich ist es unmöglich zu überleben, wie der Armeegewerkschafter Dusan sagt, der immerhin 250 Mark als Mechaniker verdient, aber 200 Mark Miete zahlen muss. Da bleibt nur Schwarzarbeit, Schwarzhandel, familiäre Unterstützung und der Garten, in dem Gemüse, Kartoffeln und Obst wachsen (wenn man denn einen Garten hat). Auch wenn zur Zeit kaum Demonstrationen und Versammlungen stattfinden sind die Spuren der Bewegung allgegenwärtig. Die Aufkleber mit der Aufschrift „Gotov je“ (Er ist am Ende) der Bewegung Otpor (Widerstand) hängen massenhaft in jeder Straße und immer noch geht es im Otpor-Büro wie in einem Taubenschlag, da sich ständig Jugendliche diese Aufkleber abholen.

Otpor, 1998 ursprünglich von 15 Studierenden als Reaktion auf die Absetzung kritischer ProfessorInnen gegründet, hat nach eigenen Angaben heute mehrere zehntausend Mitglieder und umfasst nicht mehr nur Studierende. Es sieht sich als breite Oppositionsgruppe, die sich „allgemein für Freiheit und Menschenrechten einsetzt“. Ich hatte sowohl Gespräche mit Mitgliedern, die gerade das „Kommunistische Manifest“ lesen und als „sehr gutes

Buch“ bezeichnen, als auch mit anderen, die sich als kleine Kapitalisten sehen.

Das pro-kapitalistische Oppositionsbündnis DOS hat riesige Plakattafeln mit der Aufschrift „Sieg“ versehen, während Otpor den berühmten gewordenen Bulldozer zum Symbol gewählt hat und ebenso große Plakattafeln mit einer Warnung an die Milosevic-Clique – aber auch an Kostunica und die neue Regierung – versehen hat: „Wir beobachten Euch weiter“. Auch das Parlament trägt noch Spuren seiner Erstürmung durch die Massen: zerschlagene Fensterscheiben, Brandspuren und ein völlig zerstörtes Polizeihäuschen davor. Im Vergleich zu den von NATO-Bomben zerstörten Gebäuden ist es aber geradezu in einem ansehnlichen Zustand.

In Gesprächen mit serbischen ArbeiterInnen und Jugendlichen hört man immer wieder einen Satz: es kann nicht schlechter werden. Dusan, der vor zehn Jahren noch 2.000 Mark verdiente, beschreibt seine Erwartungen so: „In ein paar Jahren 1.000 Mark verdienen und sich einen Kühlschrank oder ähnliches auf Kredit kaufen können.“ Wenn diese Erwartungen einer schnellen wahrnehmbaren Verbesserung der Lage, nicht erfüllt werden sollten, wird die Bevölkerung auch gegen die neue Regierung Sturm laufen. Das ist ein klarer Ausdruck des gewachsenen Selbstbewusstseins der Arbeiterklasse. Wie der Otpor-Aktivist Vlada sagte, gehört er zu einer „verlorenen Generation“, der zwölf Jahre ihres Lebens von Milosevic gestohlen wurden. Er will sich keine weiteren Jahre stehen lassen.

Die Öffnung zum Westen, Privatisierungen etc. werden zwar nicht enthusiastisch und problemlos gesehen, aber sie werden von vielen als der einzige Weg betrachtet. Es scheint keine Kraft zu geben, die dies im Moment in Frage stellt.

Nor diesem Hintergrund sind die Bildung von Streikkomitees in vielen Betrieben, die zum Teil die früheren Manager rausgeworfen haben und nun die Betriebe kontrollieren, von umso größerer Bedeutung. Es ist nicht zu erwarten, dass diese ohne die Existenz einer wirklichen sozialistischen Partei und klassenkämpferischer Gewerkschaften ein Programm von Arbeiterkontrolle und -verwaltung für die Gesellschaft entwickeln können, selbst wenn sie instinktiv in diese Richtung gehen. Wahrscheinlich werden sie in den meisten Fällen die Privatisierung

ihrer Betriebe und das Ziel, „marktfähig“ zu werden, akzeptieren. Konflikte um die Form der Privatisierung sind aber nicht auszuschließen, umso mehr aber Konflikte, wenn es zu den üblichen Folgen von Privatisierungen kommen wird. Nach Angaben des Sekretärs der unabhängigen Metallarbeitergewerkschaft Aleksandras Todoc wurden viele Privatisierungen bisher durch die Ausgabe von Aktien an die Beschäftigten der Betriebe vollzogen. Auch wenn er selber (und die Gewerkschaft Nezavisnost wohl auch insgesamt) diese Form als ineffektiv ablehnt, ist es möglich, dass sich Illusionen in eine solche Form von „Volksaktien“ bzw. „Arbeiter Eigentum“ entwickeln, die aber von einem internationalen Börsencrash und einer Weltwirtschaftskrise schnell untergraben werden können. In jedem Fall ist es möglich, dass der Verkauf von Betrieben an einheimische und vor allem westliche Kapitalisten abgelehnt werden wird.

Nezavisnost wurde bereits 1991 als unabhängige Gewerkschaft gegründet und organisiert KollegInnen aller Nationalitäten. In einer Reihe von Betrieben hatte Nezavisnost eigene Streiks durchgeführt. Zum Beispiel in einer Waffenfabrik in Usice, wo das Streikkomitee erklärt hat, dass sie keine Waffen herstellen wollen, die gegen das eigene Volk eingesetzt werden. Und in einem Kupferwerk, in dem das Management sich einen großen Teil des Kupfers direkt angeeignet und selber verkauft hat. Andere Bereiche, wie in Ölraffinerien, Bäckereien oder Molkereien, wurden nicht bestreikt, um die Bevölkerung nicht in Mitleidenschaft zu ziehen. In Ölraffinerien haben sie einen Schutzdienst organisiert, der den Diebstahl von Öl verhindern soll. Nach eigenen Angaben erfährt Nezavisnost zur Zeit einen massenhaften Zulauf von neuen Mitgliedern. Seit der Massenbewegung gegen das Regime sei die Mitgliedschaft von 200.000 auf 400.000 angestiegen. Ganze Betriebsgruppen der staatlichen Gewerkschaft treten zur Nezavisnost über.

Die endgültige Festigung kapitalistischer Verhältnisse und die Ausbeutung durch die entwickelten kapitalistischen Staaten werden auch in Serbien zu anhaltender Massenarbeitslosigkeit, weiter wachsender Armut, sozialer Polarisierung, Instabilität und nicht zu einem wirklichen Wiederaufbau des Landes führen. Das ist das Rezept dafür, dass die



Milosevic und seine Frau: Sie sind am Ende. Die Aufkleber „Gotov je“ (Er ist am Ende) prägen das Bild in den Straßen

serbische Arbeiterklasse ihre im Sturz von Milosevic gewonnenen Erfahrungen und das gewonnene Selbstbewusstsein in Zukunft gegen die neue kapitalistische Elite des Landes anwenden wird und aus den künftigen Erfahrungen die Ideen von Arbeiterdemokratie und wirklichem Sozialismus eine neue Verbreitung finden werden.

Vlado Bacic, 21.10.2000

ausführliche Stellungnahme des Komitees für eine Arbeiterinternationale – CWI (auch auf deutsch) und täglich neue Berichte: ➤ www.sav-online.de

US-Präsidentenwahlen Was will Ralph Nader?



Im „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ scheinen nur die Möglichkeiten des Big Business unbegrenzt: Flexibilisierung, Deregulierung, heuern und feuern... Die Einkommen in den Chefetagen betragen durchschnittlich 419 Mal soviel wie die Löhne von FabrikarbeiterInnen (laut Economist-Redakteure Micklethwait und Wooldridge in ihrem Buch „A Future Perfect“). Der Präsidentschaftskandidat Ralph Nader spricht von einer „Apartheid-Wirtschaft: Die Mehrheit der Beschäftigten bekommen inflationsbereinigt weniger als vor 25 Jahren, müssen aber im Schnitt jährlich 160 Stunden mehr arbeiten. 20 Prozent Kinderarmut – der höchste Prozentsatz in der westlichen Welt.“ Arbeitslose und sozial Benachteiligte sind weitgehend auf sich selbst gestellt. Mehr als 40 Millionen sind nicht krankenversichert.

Gegenwehr

Aber in den letzten zwölf Monaten haben sich auch diejenigen, die nichts zu sagen haben, verstärkt zu Wort gemeldet: Die Radikalisierung einer wachsenden Zahl von Jugendlichen, und einem Teil von ArbeiterInnen, manifestierte sich in den massiven

Protesten gegen den Gipfel der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle vor einem Jahr, zeigte sich ebenfalls im Widerstand gegen IWF/Weltbank in Washington in diesem Frühjahr, und beim Parteitag der Republikaner in Philadelphia und der Demokraten in Los Angeles im Sommer dieses Jahres. Zehntausende drückten eine allgemeine Ablehnung der Folgen von freiem Handel und neoliberaler Politik, der Ausbeutung von Großkonzernen, der Polarisierung von Reichtum und Einkommen auf nationaler sowie internationaler Ebene aus. In diese protestwütigen Reihen schickte sich auch die verstärkten Aktivitäten von SchwarzafrikanerInnen und Latino ein. Als die New Yorker Polizei mehr als 40 Schüsse auf den unbewaffneten Afrikaner Amadou Diallo abfeuerte, gingen eine Woche lang Tausende gegen diese willkürliche Polizeibrutalität auf die Straße. Im April streikten in Los Angeles 9.000 Reinigungsbeschäftigte überwiegend lateinamerikanischer Herkunft für Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen. Dieser Kampf fand in 13 weiteren Städten in kurzer Zeit Nachahmung. 1999 entschieden sich auch 150.000 Schwarze und Latinos dafür, Gewerkschaftsmitglieder zu werden.

Auf der politischen Ebene hat

die arbeitende Bevölkerung seit Jahrzehnten keine eigene politische Interessenvertretung. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre war zwar von Gewerkschaftsführern wie Tony Mazzocchi eine Labor Party in Leben gerufen worden, ist aber unter der Fuchtel der rechten Gewerkschaftsspitze geblieben, die eine relativ unkritische Haltung gegenüber den Demokraten einnehmen, und verzichtet auf eigene Kandidaturen auf der Wahlbene.

Während die bürgerlichen Medien „business as usual“ betreiben, und im US-Präsidentschaftswahlkampf nur über die beiden Kandidaten der großen kapitalistischen Parteien, der Demokraten und der Republikaner, berichten, gab es in diesem Wahlkampf zum ersten Mal seit Jahrzehnten eine weitere Kandidatur mit größerer Unterstützung unter ArbeiterInnen und Jugendlichen: Ralph Nader hat sich in den letzten drei Jahrzehnten als „Anwalt der kleinen Leute“ einen Namen gemacht, der seine Stimme konsequent gegen Korruption, Umweltzerstörung und die Macht der Großkonzerne erhoben hat. Obwohl er kein Mitglied der Grünen ist, nahm er als Kandidat der Grünen teil.

Zwei-Parteiensystem

Die Nader-Kampagne kanalisiert die Wut und Apathie von WählerInnen in eine neue politische Bewegung. Trotz Medienboykott war bereits vor der heißen Phase des Wahlkampfes mehr als 40 Prozent aller WählerInnen bekannt, dass er antritt. Laut Umfragen haben 78 Prozent eine höhere Meinung von Nader als von den beiden Kandidaten des Zwei-Parteiensystems.

Die Führungsschicht der AFL-CIO, des größten Gewerkschaftsverbandes hat sich beharrlich weigert, in das politische Vakuum zu stoßen und der wachsenden Wut der ArbeiterInnen und Jugendlichen Ausdruck zu verleihen, indem sie eigene KandidatInnen aufstellen. Während 10 Millionen Mitglieder der AFL-CIO angehören, haben nur 40 Personen darüber entschieden, dass die Demokraten vom Gewerkschaftsverband im Wahlkampf favorisiert und unterstützt werden. Diese vierzig ha-

ben somit ebenfalls darüber entschieden, wer die 10 Millionen Dollar an Wahlkampfunterstützung bekommt: die Wahlkomitees der Demokraten.

Gewerkschaften, die nicht der AFL-CIO angehören, wie die United Electrical Workers und die California Nurses Association unterstützen den Verbraucheranwalt Nader. Lokale Gruppen der American Federation of State, County and Municipal Employees Union (zweitgrößte Gewerkschaft in der AFL-CIO) ebenso. Sogar die United Auto Workers und Teamsters waren unter Druck gekommen, eine mögliche Unterstützung von Nader ins Auge zu fassen, um Tausende ihrer Mitglieder zu besänftigen, die einen Bruch mit den Demokraten wünschen.

Nader stellt eine Bedrohung für das Zwei-Parteiensystem dar, so dass nun sogar die Commission on Debates, eine Institution, die ausschließlich durch die Republikaner und Demokraten kontrolliert wird, dafür gesorgt hat, dass Nader von den drei Präsidentschaftsdebatten im Oktober ausgeschlossen wurde.

Man muss sich nur vor Augen halten, dass die Gesamtkosten für eine Präsidentschaftswahl sich auf über 500 Millionen Dollar belaufen und nur 1 Prozent der Bevölkerung zusammen 90 Prozent des Geldes aufbringt, um die Kampagnen zu finanzieren. Diese Menschen sind de facto diejenigen, die die Kandidaten auswählen und sie bewahren sich somit ihr Privileg, für den Rest der Bevölkerung zu entscheiden. Dennoch bekam Nader in den meisten Umfragen auf mehr als 5 Prozent der Stimmen. Damit hat er bereits dem Zwei-Parteiensystem einen heftigen Schlag versetzt. Es ist das erste Mal seit 1924, dass ein Kandidat links von den Demokraten bedeutende Unterstützung zugesprochen bekommt.

Ralph Nader

Nader ist mit einer radikalen Kritik an den Gore und Bush in Erscheinung getreten. Seine Kampagnenthemen stehen in scharfem Kontrast zu den Demokraten und Republikanern. Nader tritt für eine allgemeine Krankenversicherung ein, steht für die Umleitung der Steuerelder zur Armutsbekämpfung, fordert eine Reduzierung des



Die USA sind ein Steuerparadies – für die Reichen und Superreichen. Auf dieser „Rally for the Really Rich“, bedankten sich Schauspieler 1995 für weitere Steuergeschenke an Vielverdiener

jährlichen Militäretat um 100 Milliarden Dollar und einen Mindestlohn von 10 Dollar die Stunde. Er prangert die Privatisierung des Vollzugswesens, die diskriminierende Vergabe von Krediten durch Banken und Versicherungen, den Einfluss der Wirtschaft in der Politik sowie die Korruption des Zwei-Parteiensystems an.

Doch in Wirklichkeit hat Nader keine ausgearbeitete Alternative, kein klares Programm. Er nimmt die Rolle eines linken Populisten ein, der mit seinem Wahlkampf und seinen Unterstützungskomitees systemkritische Oppositionelle mobilisiert, jedoch ohne ein Programm für eine fundamentale soziale Veränderung und ohne eine Vorstellung, wie eine Bewegung aufgebaut werden kann, die in der Lage ist, grundlegende Veränderungen zu erzielen. Weder Nader noch die Grünen nehmen einen Klassenstandpunkt ein und stellen das kapitalistische System nicht in Frage. Sie sind zurecht, dass das derzeitige System reformiert werden kann, um den Bedürfnissen aller zu entsprechen, indem sie für einen Konsens zwischen den Klassen sorgen wollen. Ein Motto der Grünen lautet: weniger Kapitalismus ist besserer Kapitalismus. „Wir beabsichtigen eine bedeutende politische Kraft aufzubauen, progressiv in der Aussa-

ge, doch ansprechend für Konservative, Liberale, alle Menschen, die das Gefühl haben, in diesem Land die Kontrolle über Dinge zu verlieren, die für sie von Bedeutung sind“ (Nader). Nader orientiert sich nicht auf die Arbeiterklasse. Doch sie ist die potenziell entscheidende gesellschaftliche Macht.

Socialist Alternative, die amerikanische Sektion des Komitees für eine Arbeiterinternationale (CWI), engagiert sich aktiv in der Bewegung gegen das Zwei-Parteiensystem und hat einen Wahlaufruf für Nader gemacht. Dabei hat sie mit Kritik an den politischen Schwächen Naders nicht hinter dem Berg gehalten und ist in der Nader-Kampagne offensiv für sozialistische Ideen eingetreten und kämpft seit Beginn der Kampagne für konkrete Forderungen wie „Schluss mit der Polizeibrutalität“, „Abschaffung der Todesstrafe“ und „Papier für alle“, sprich gegen die Benachteiligung von ImmigrantInnen. Ferner fordern sie Nader dazu auf, nach den Wahlen eine nationale Konferenz mit Gewerkschaftern, ArbeiterInnen, StudentInnen, Nachbarchafts-, Bürgerrechts-, und Umweltorganisationen einzuberufen, um in die Richtung einer neuen Arbeiterpartei mit Massenunterstützung zu gehen.

Alexandra Geisler

Vergessen und abgeschoben Psychisch Kranke in den USA - Wie der Horror zum Alltag wird

„Sie erinnerte mich an einen verwundeten Spatzen. Sie war ganz still und ging niemandem auf die Nerven. Aber im Inneren kämpfte sie mit ihrem Dämon und mit ihrer Verzweiflung. Ich sah, wie sie sich eines Morgens ein großes Pflaster mitten auf die Stirn klebte. Es war keine Wunde zu sehen, aber sie tat das sehr sorgfältig. Dies machte sie jeden Morgen so und ich glaube, es war ein symbolisches Pflaster gegen die Schmerzen in ihrem Inneren. Als Beverly keinen Ausweg mehr sah, griff sie zur Schrotflinte“. John Suggs, Leiter einer Obdachlosenunterkunft in Fort Worth/USA, über eine Obdachlose.

Holger Dröge, Krankenpfleger

Psychisch kranke Menschen, ohne spezielle Krankenversicherung, erhalten in den USA keine Gesundheitsversorgung. Psychiatrie ist ein Gebiet der Medizin, das in den USA nicht als sonderlich rentabel gilt. Die „National Alliance for the Mentally III“ geht davon aus, dass nur eines von fünf psychisch kranken Kindern behandelt wird. Viele Familien gehen bankrott, wenn ein Familienmitglied an einer psychischen Erkrankung leidet.

Wer psychisch krank ist, landet auf der Straße oder im Knast. Das US-Justizministeri-

um schätzt, dass 16 Prozent aller Häftlinge psychisch Kranke sind. Im Bundesstaat Texas stieg die Anzahl der inhaftierten psychisch Kranken von 3148 (1988) auf 15.716 (1998).

Drehen psychisch Kranke durch, weil ihnen jegliche Unterstützung verweigert wird, droht die volle Härte des Gesetzes: Ende Januar dieses Jahres wurde der 42-jährige Larry Keith Robison hingerichtet. Über viele Jahre hatten seine Eltern Hilfe für ihren Sohn gesucht. 1978 wurde in einer Klinik eine paranoide Schizophrenie diagnostiziert. Da er keine Krankenversicherung hatte, wurde er ohne Behandlung entlassen. Auch ein Militärkrankenhaus entließ ihn, da er „nicht gewalttätig war“. 1982 erschoss Robison fünf Menschen. Er wurde zum Tode verurteilt, da ein Gericht ihn für voll zurechnungsfähig hielt.

In einer kapitalistischen Gesellschaft ist man reich oder hat für den Reichtum anderer zu schützen. Wer weder das eine ist, noch das andere leisten kann, gehört für die Unternehmer zum Ballast.

Wir lehnen die Unterordnung menschlicher Bedürfnisse unter die Interessen des Kapitals ab. Wir setzen uns für ein kostenloses staatliches Gesundheitswesen ein, das allen Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen, eine optimale Gesundheitsversorgung zukommen lässt.

Augenzeugenbericht von den Protesten gegen den IWF in Washington D. C.



Ich ging diesen April mit anderen GenossInnen nach Washington D. C., um gegen IWF und Weltbank zu demonstrieren. Der Protest war nicht nur eine große Demo: es war ein die ganze Woche dauerndes Festival. Jeden Tag gab es Veranstaltungen, Konzerte, Ausbildungssitzungen und vor allem Diskussionen. Alle Leute in der Stadt redeten über internationale Finanzinstitutionen – normalerweise ein vollkommen langweiliges Thema! Das war alles begeisternd und sehr ungewöhnlich für die USA. Aber für mich war die am meisten radikalisierte Erfahrung, am Tag vor dem Hauptprotest festgenommen zu werden und mir während der Festnahme geschah.

Eve Goodman, Socialist Alternative, (US-Schwesterpartei der SAV)

Ich und fünf andere GenossInnen nahmen an einer Kundgebung gegen Polizeibrutalität teil. Es gab etwa 1.000 ProtestiererInnen und die Kundgebung war genehmigt. Wir kamen an der Polizeibarrikade vor dem IWF-Gebäude an und nach einer kurzen Kundgebung da kündigten die Protestleiter an, dass wir gehen würden und am nächsten Tag mit 20.000 Protestierenden wiederkommen würden. Wir drehten uns alle um, um zu gehen, standen aber vor einer zweiten Polizeibarrikade. Wir waren in der Falle.

Als wir drei Stunden (im Regen) auf der Straße standen, konnte niemand verstehen, was los war. Wir fragten wiederholt die Polizisten in ihren Kampfanzügen, aber die blieben stumm. Kurz danach nahmen sie die Menge von über 1.000 Menschen fest.

Sie stießen uns gegen die Wand, filzten uns, fesselten uns die Hände mit Handschellen und steckten uns in Schulbusse. Zunächst sahen es die meisten als eine Art Abenteuer. Wir sangen.

Dann kam Gefängnisolidarität. Gefängnisolidarität ist, dass man seinen Namen nicht

angeben sollte, wenn man bei politischen Protesten festgenommen wird. Der Grund dafür ist, dass die Bullen immer die EinwanderInnen herausfiltern wollen. Die Bullen gaben sich viel Mühe, uns zu zwingen, unsere Namen zu sagen. Einer sagte mir, ich würde mit wirklichen Verbrechern zusammen im Knast sein und die würden mich vergewaltigen.

An diesem Punkt begannen Leute, wirklich Angst zu kriegen. Wir waren Stunden lang in den Bussen gewesen. Kein Essen, kein Wasser, keine Toiletten. In meinem Bus war eine Mutter, die mit ihrer 12-jährigen Tochter zu dem Protest gekommen war und die Polizisten hatten ihr das Mädchen weggenommen. Es gab einen älteren blinden Mann und die Bullen nahmen seinen Stock weg, weil sie sagten, es sei eine Waffe.

Aber nachdem das lange Zeit so ging, begann das Wichtigste. Wir begannen, miteinander zu reden. „Wo kommst du her? ... mit welcher Gruppe bist du da? ... was machst du, wenn du draußen bist?“. Ich schaffte es, 15 Zeitungen zu verkaufen: ziemlich schwierig in Hand-

schellen! Nach 13 Stunden ließen sie uns aus dem Bus und steckten uns in Massengefängniszellen. Die Diskussionen gingen weiter. Meine Zelle hatte eine Gruppendiskussion – über Sozialismus! Schließlich nach 8 Stunden in der Zelle wurde mir gesagt, dass sie mich gehen lassen würden, wenn ich 50 Dollar bezahlen und meinen Namen und Fingerabdrücke geben würde. Ich stimmte zu.

Erst als ich rausgelassen wurde, erfuhr ich, weshalb wir festgenommen worden waren. Ich und die anderen 1.000 Leute wurden mehr als 20 Stunden festgehalten und hatten 50 Dollar Strafe zahlen müssen, weil wir angeblich bei rot über die Ampel gegangen waren.

Die Bullen halfen uns zu verstehen, dass selbst ein „demokratischer“ Staat wie die USA immer im Interesse der Großkonzerne funktioniert. Und sie halfen uns zu verstehen, dass sich die Leute organisieren und gegen Staatsunterdrückung zusammenhalten müssen. Sie machten, was der Kapitalismus seit mehr als einem Jahrhundert macht: sie säten die Saat ihrer eigenen Zerstörung.



Serie: „Kritiker des Neoliberalismus“*

Teil 2: Viviane Forrester



diesem neuen, phantastischen Markt und dessen scheinbare Stabilität lässt sich Forrester allerdings blenden und kommt zu dem Schluss: „Wir erleben eine neue Epoche“ (...), so (...) „konservieren wir etwas, was zu einem Mythos geworden ist, und zwar zum erhabensten Mythos, den es gibt: dem Mythos, dass Arbeit der unverzichtbare Antrieb des privaten wie des öffentlichen Räderwerks unserer Gesellschaft ist.“

Doch dass die Finanzmärkte nicht so phantastisch sind, haben die Kurseinbrüche an diversen Finanzmärkten in diesem Jahr des öfteren bewiesen. Einbrüche wie beim Nasdaq, der US-Technologiebörse, im April waren ein erstes Wetterleuchten. Im Oktober sind der Nasdaq um 40 Prozent, der deutsche Nemax sogar um 50 Prozent gegenüber ihrem Rekordhoch im März eingestürzt. Verluste, bei denen Anleger Milliarden verloren, zeigen die Instabilität der Finanzmärkte. Die Kurse haben sich die letzten Male zwar immer wieder „erholt“, aber selbst bürgerliche Finanzexperten sprechen davon, dass nicht genügend Werte vernichtet wurden, um die völlig überbewerteten Finanzmärkte auf das Niveau der Realwirtschaft zurückzubringen. Ein wirklicher Crash steht also noch aus, da die Realwirtschaft seit 1980 zwar um 80 Prozent gewachsen ist, die Börsenwerte der Unternehmen aber um 1032 Prozent, was besonders auf das Spekulationsfieber in den Neunzigern zurückzuführen ist.

Dies hat seine Ursachen in der verzweifelten Suche der Unternehmer nach den profitabelsten Anlagemöglichkeiten. Nachdem der Nachkriegsaufschwung in den Siebzigern endete, konnten die Produktivkräfte nicht mehr im gleichen Maße weiterentwickelt werden wie zwischen 1950 und der ersten großen internationalen Rezession 1973/74. Ob Produktivität, Wachstumsraten oder Beschäftigtenzahlen – in den letzten 25 Jahren war der Kapitalismus nicht in der Lage, die Wirtschaft ähnlich weiter zu bringen wie in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Konkurrenz verschärfte sich im internationalen Wettbewerb, Betriebsabschlüssen und Zusammenlegungen (Stichwort Fusionsfieber) prägen das Bild. Immer mehr Kapital strömte in die Finanzmärkte, da dort höhere Gewinne winkten. Der damit einhergehende Anstieg der Arbeitslosigkeit wurde zu einem Dauerphänomen und Wissenschaftler und Politiker diskutieren über die Frage: „Geht uns die Arbeit aus?“

Von diesen Entwicklungen beeindruckt stellt Forrester fest: „Die Arbeitermassen, die Bevölkerungsmassen, auf die sie (die Unternehmer) angewiesen waren und die Druck auf sie ausübten



Amsterdam 97: Beim Euro-Marsch liefen die KollegInnen von Renault Vilvoorde ganz vorn. Bei ihrem grenzüberschreitenden Arbeitskampf hatten sie bewiesen, dass die Macht der Multis gebrochen werden kann. Bei aller „Standort“-Propaganda muss unsere Antwort sein: es darf nur einen „Standort“ geben – den der arbeitenden Bevölkerung weltweit!

konnten, werden für die private Wirtschaft immer entbehrlicher und können sie kaum noch beeindrucken.“

... und menschliche Arbeitskraft

Forrester irrt sich, denn trotz dieser Entwicklungen bleibt es weiterhin richtig, dass nur durch die menschliche Arbeitskraft neue Werte geschaffen werden. Geld arbeitet nicht. Der Kapitalismus funktioniert auf der Aneignung unbezahlter Arbeit. Der unbezahlte Teil der Arbeit geht in die Taschen der Unternehmer, macht den Profit aus, den die Kapitalisten für Investitionen, Spekulationen oder für ihren Luxus verwenden. Letztendlich untergräbt der Kapitalismus langfristig seine eigene wirtschaftliche Basis, da der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit, zwischen gesellschaftlicher Produktionsweise und privater Aneignungsweise bestehen bleibt.

Richtig ist, dass Menschen durch die technologischen Fortschritte weniger arbeiten müssen. Aber anstatt alle weniger entlassen und die anderen arbeiten dafür weiterhin so viel wie vorher. Deshalb ist nicht die menschliche Arbeit überflüssig, sondern das kapitalistische Profitsystem, das Arbeitslosigkeit schafft.

Globalisierung und Multis

Das ideologische Dauerfeuer der Unternehmer in den Neunzigern zeigt auch bei Viviane Forrester seine Wirkung. Die ArbeiterInnen wären angesichts der Globalisierung machtlos, Multis sind nicht mehr durch nationale Gesetzgebung zu beeindrucken und so weiter.

Die heutigen Produktionsbedingungen beschreibt sie als die „Welt des multinationalen, des transnationalen, des absoluten Liberalismus, der Globalisierung, der Deregulierung, des Virtuellen.“

In dieser Aussage kommt das Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber den heutigen politischen Verhältnissen zum Ausdruck. Aber es ist Unsinn von frei schwebenden Multis, deren Heimatbasis irgendwo in den Wolken sein soll, zu sprechen und ein Bild zu malen, in dem Nationalstaaten angeblich keine Rolle mehr spielen und die Politik den Prozessen hilflos ausgeliefert wäre. Der Kampf gegen den Kapitalismus wird internationaler. Als das Renault-Werk im belgischen Vilvoorde vor 4 Jahren vor der Schließung stand, setzten sich die Beschäftigten über Grenzen hinweg machtvoll zur Wehr. Die internationalen Demonstrationen gegen EU-Gipfel und Weltbanktreffen in Amsterdam, Köln, Seattle und Prag, sind weitere Beispiele.

Da Forrester von vornherein kapituliert und meint, dass man zu der „sozialen Marktwirtschaft“ nicht mehr zurückkehren könne, schlägt sie vor, die Arbeit nicht mehr als eine soziale Norm anzusehen, die dem Menschen eine soziale Stellung in der Gesellschaft verschafft, sondern Arbeitslosigkeit als Normalität zu begreifen, um so die Arbeitslosen nicht mehr als Außenseiter anzusehen: „Wäre es nicht sinnvoller statt Mitleid (gegenüber den Arbeitslosen) ein kühnes, kompromissloses Gefühl ihnen gegenüber zu erfahren, nämlich Respekt?“ Aber erstens: kann man sich für Respekt nichts kaufen und zweitens ist - selbstbestimmte - Arbeit ein Lebensbedürfnis.

Arbeit als Selbstverwirklichung

Auf alle Fälle ist der Mensch nur dann wirklich frei, wenn er sich selbst verwirklichen kann, wenn er nicht nur Individuum ist, sondern eine eigene Individualität möglich wird – wenn er nicht nur frei von etwas, sondern auch frei für etwas ist.

Die Arbeit ist für den Menschen eine Möglichkeit sich selbst zu verwirklichen, denn der Mensch muss produktiv tätig sein, um sich am Leben zu erhalten. Auch wenn die Arbeit eine Grundbedingung des menschlichen Lebens ist und ein Faktor für die Selbstverwirklichung, gilt heute, dass der Arbeiter sich erst nach seiner Arbeit frei fühlt. Das hat seine Gründe: In der kapitalistischen Produktion hat der einzelne Arbeiter keinen Bezug zu seinen Produkten. Marx und Engels sprachen davon, dass der Mensch seiner ei-

genen schöpferischen Kraft entfremdet wäre.

Marx und Engels

Arbeitslosigkeit bedeutet unproduktiv zu sein und keinen Beitrag für den Erhalt der Gesellschaft liefern zu können. Deshalb wurde Arbeitslosigkeit auch immer als Makel angesehen. Trotz Arbeitslosigkeit respektiert zu werden hilft vielleicht den Betroffenen ein wenig, aber sie werden sich trotzdem als „unnützlich“ ansehen.

In „Kritik des Gothaer Programms“ führt Karl Marx aus, welchen Stellenwert Arbeit in einer sozialistischen Gesellschaft haben wird: „nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechtschizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft sich auf ihrer Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“

Die Aufgabe besteht heute darin, die Mechanismen des Kapitalismus aufzudecken und den Menschen eine sozialistische Perspektive aufzuzeigen und nicht darin die Arbeitslosigkeit als dauerhafte Erscheinung, gegen die man machtlos ist, zu präsentieren.

Die Stärken von Forrester liegen in ihrem kompromisslosen Eintreten für die Menschen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt worden sind und in der Beschreibung ihrer sozialen Lage und ihrer Gefühle. Auch beschreibt sie in „Terror der Ökonomie“ sehr gut, wie sich das politische Establishment den Interessen der Unternehmer unterordnet und heuchlerisch immer wieder die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen predigt.

Letztendlich hat sie aber keine Vorstellung, wie man die sozialen Probleme in den Griff bekommen kann und dass es eine Alternative zum kapitalistischen System gibt. ■

* Der erste Teil unserer Serie „Kritiker des Neoliberalismus“ erschien in der VORAN Nr. 218 und beschäftigte sich mit den Ansichten Pierre Bourdieu. Unter www.sav-online.de ist der Bourdieu-Text abrufbar

Deutsche Bank als Spekulant

„Anfang Januar 1999 drehte die asiatische Finanzkrise nach Brasilien. Als der Sturm vorbei war, hatten die einen, ausländische Banken wie Citibank oder Deutsche Bank, 10 Milliarden Real oder umgerechnet 10 Milliarden Mark mehr auf ihren Konten“ (taz, 5.10.00). Die anderen, Hunderttausende Brasilianer, stürzten in die Armut. Einer Studie des Siegburger Südwind-Instituts zufolge deutet alles darauf hin, dass es mit der Abwertung der brasilianischen Währung Insi-geschäfte gegeben hat. „Informationen gebe es gegen eine bestimmte Summe.“ Fakt ist, dass in den Tagen vor der Abwertung mehr als zwei Milliarden Dollar aus dem Land gebracht wurden.

Proteste gegen Studiengebühren

In Österreich protestierten Mitte Oktober in den Universitätsstädten Zehntausende gegen Studiengebühren. In Wien waren deutlich mehr als 30.000. Die geplante Gebühr beträgt umgerechnet etwa 1.500 Mark pro Student und Studienjahr. Die Gebühren sollen ab Herbst 2001 erhoben werden. Sie waren von der Koalition aus ÖVP und FPÖ im September beschlossen worden.

Euro abgelehnt

Die Volksabstimmung in Dänemark über die Einführung des Euro ergab eine klare Ablehnung: 53,1 Prozent stimmten gegen den Euro, 46,9 Prozent dafür. Die Wahlbeteiligung lag bei 88 Prozent. Das Ergebnis ist eine schwere Niederlage für die sozialdemokratische Regierung, für die etablierten Parteien und für die Vertreter der Wirtschaft, denn alle hatten für ein „Ja“ geworben. Die Mehrheit der Gewerkschaftsbasis hatte ebenfalls mit „Nein“ gestimmt, obwohl die Ja-Kampagne von der Führung des dänischen Gewerkschaftsdachverbandes unterstützt wurde.

Die rassistische und nationalistische Dänische Volkspartei konnte sich zwar als Euro-Gegner auf nationalistischer Basis profilieren, aber Hauptgegenstand der Abstimmung war die Sorge um den „Wohlfahrts-Staat“, nicht dänischer Nationalismus. Die Verteidigung des öffentlichen Dienstes und der Renten war der Hauptgrund um mit einem „Nein“ gegen den Euro zu stimmen. Bemerkenswert ist auch das Misstrauen gegen die etablierten Parteien. Nach einem Besuch bei schlecht bezahlten Fabrikarbeiterinnen sagte der stellvertretende Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbandes: „deren Ausgangspunkt war, dass Politiker schwindeln, dass sie nicht die Wahrheit sagen.“

Kapitalismus in Zahlen

In 153 Ländern wurden in den vergangenen drei Jahren Menschen gefoltert. In 80 Ländern sind Menschen an den Folgen der Folter gestorben. Das gab Amnesty International bei der Vorstellung ihrer Anti-Folter-Kampagne im Oktober bekannt. (Süddeutsche Zeitung, 19.10.2000).

Zur Orientierung: Die UNO umfasst 189 Staaten.

Vor drei Jahren kam ein Buch in deutscher Sprache auf den Markt, das schnell auf der Spiegel-Bestellerliste zu finden war und dessen Titel bald beinahe zum geflügelten Wort wurde: „Der Terror der Ökonomie“ (Paul Zsolnay Verlag). Die Autorin war die französische Soziologin Viviane Forrester. Viviane Forrester versteht sich als linksintellektuelle Anwältin der Armen und der Arbeitslosen. Sie gehört zu dem Kreis der linken SozialwissenschaftlerInnen, die in den letzten Jahren mit Vertretern wie Pierre Bour-dieu, Jean Baudrillard, Michel Chossudovsky und anderen für eine kritische Auseinandersetzung mit den kapitalistischen Krisenereignissen standen.

Von Frank Nitzsche, Siegen

Allen gemeinsam ist die Vorstellung, dass man die schlimmsten Krisenereignisse durch Reformen abbildern kann. Da zu werden mehr oder weniger sinnvolle Vorschläge (meist weniger sinnvoll) gemacht, die alle in die Richtung gehen, dass man den Niedergang der Gesellschaft zwar nicht abwenden kann, aber die schlimmsten Ungerechtigkeiten doch bitte abbildern möge. Diese Vorschläge sind bei diesen Autoren meist ziemlich dürftig, bei Forrester fehlen sie ganz. Auf einer der letzten Seiten vom „Terror der Ökonomie“ wird die Frage gestellt: „Welche Gegenkräfte gibt es angesichts diesen Zustandes?“ Und sie antwortet: „Keine. Ungehemmt stehen der Barbarei, den Plünderungen mit Samthandschuhen alle Türen offen.“

Spekulationsfieber ...

Durch Rationalisierung in der Industrie und Kürzungen im öffentlichen Bereich und durch das Spekulationsfieber an den Börsen, wo gegenwärtig höhere und schnellere Gewinne als in der realen Wirtschaft gemacht werden, wäre die Arbeit, so Forrester, heute überflüssig geworden. Der Kapitalismus brauche keine Arbeitskräfte mehr, um den Unternehmern Profite zu beschern.

Sie beschreibt den Finanzmarkt als „unbeständigen, trügerischen Markt, der sich auf Phantome gründet, der aber fest verankert ist, ein derart wahnsinniger Markt, dass er fast schon phantastisch ist“. Von



Offiziell beinahe vier Millionen Arbeitslose in der BRD sind vier Millionen Argumente gegen die Marktwirtschaft

Was will die SAV ?

Fast jede/r macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts. Die Krise der Weltwirtschaft weitet sich aus. Die sozialen Folgen sind noch nicht abzusehen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben sich schon im Aufschwung verschärmt. Weltweit finden Hunger, Elend und Kriege täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Großkonzerne und Banken treffen ihre Entscheidungen nach Profitinteressen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Die Marktwirtschaft bietet keine Zukunft.

Widerstand
Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und anderen Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

SAV
Die Sozialistische Alternative – SAV wurde 1994 um die sozialistische Zeitung VORAN gegründet. Gründungsmitglieder waren aktive AntifaschistInnen, kritische GewerkschafterInnen, JungsozialistInnen, linke SPD- und PDS-Mitglieder. Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, dass gewählte Vertreter nicht mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn. Dieses Prinzip setzen wir bei uns selber um.

Solidarität
Um an der Macht zu bleiben, müssen die Herrschenden versuchen, die Massen der arbeitenden Bevölkerung gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im Komitee für eine Arbeiterinternationale zusammengeschlossen um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

Neue sozialistische Arbeiterpartei
Die SPD/Grünen-Bundesregierung hat unter Beweis gestellt, dass sie die Macht und die Herrschaft der Banken und Konzerne nicht in Frage

stellt, sondern ihre Politik nach den Interessen der Reichen und Superreichen ausrichtet. Die Krise der Marktwirtschaft wird auch unter der Schröder/Fischer-Regierung auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt. Sozialabbau und Privatisierungen auf der einen Seite und Steuergeschenke an die Unternehmer auf der anderen Seite sind auch nach dem Regierungswechsel an der Tagesordnung geblieben. Einen Politikwechsel hat es nicht gegeben. Neu ist nur, dass Deutschland wieder Kriege führt. Die PDS wird ihrem Anspruch sozialistische Opposition zu sein nicht gerecht. Sie nutzt ihre Unterstützung unter ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen nicht, um außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Stattdessen hat sie auf Kommunal- und auf Länderebene begonnen, Privatisierungen und Kürzungen mitzutragen. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Krise der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung.

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Die SAV baut eine solche Partei auf.

Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Die SAV verbindet den Kampf um Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Sozialismus
Bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, der Kapitalismus gehört abgeschafft. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Die Alternative ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine geplante Wirtschaft, in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen entscheiden und nicht die Profite einiger Weniger.

Wofür wir kämpfen:

Arbeit für Alle

- ★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege – Finanzierung mit den Milliarden Gewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern, die sich in den Taschen der Superreichen befinden
- ★ Verteilung der Arbeit auf Alle 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente) von 2000 Mark netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung und der SPD/Grünen Koalition
- ★ Nein zu Privatisierungen
- ★ Für ein öffentliches, kostenloses Gesundheitswesen

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Weg mit dem Paragraph 218
- ★ Kostenlose Kinderbetreuung ab dem 1. bis zum 13. Lebensjahr

Umweltschutz

- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltzerstörender Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Bezahlbare Wohnungen

- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

Keinen Fußbreit den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten

Abrüstung jetzt

- ★ Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
- ★ Stopp von Rüstungsexporten
- ★ Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und Runden Tischen mit Unternehmern und Regierung
- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Nein zum Europa des Kapitals

- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zum „Euro“, nein zur Europäischen Währungsunion

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung. Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen
- ★ Statt Produktion für den Profit – Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

Warum wir SAV-Mitglieder sind



Franca (14) und Mara (16), Stuttgart

Uns wurde klar, dass unsere Regierung, und dabei ist es anscheinend egal wer regiert, Politik für einige wenige mit Geld

macht. Nachdem Mara, die Ältere von uns, sich umfassen mit Che Guevara und seinen Ideen zur Verwirklichung einer klassenlosen Gesellschaft auseinandergesetzt hat, denken wir beide, seit kurzem auch Franca, Sozialismus ist die einzige Möglichkeit, die Rechte des Proletariats ausreichend zu vertreten. Wir sehen, dass auch die Sozialdemokratie mit den Problemen nicht fertig wird. Es gibt weiterhin soziale Kürzungen und un-

soziale Politik. Wir wollen uns aktiv für eine bessere und menschenwürdigere Politik einsetzen. Politik ist ein Thema, das uns schließlich alle angeht, denn wir alle müssen mit den Folgen der Entscheidungen weniger leben. Als wir dann zur SAV kamen, bemerkten wir, dass die hier vertretenen Ideen wirklich eine Alternative bieten können und mit unseren Vorstellungen übereinstimmen.

Bundeskonferenz der SAV

Köln 8.-10. Dezember

Themen:

- Situation und Perspektiven in Deutschland
- Perspektiven für die Jugend & unsere Jugendarbeit
- Der Aufbau der SAV
- Bericht aus der Internationalen

Ich melde mich zur SAV - Bundeskonferenz 2000 an:

Name: _____ Ort: _____

- Ich benötige Kinderbetreuung für ___ Kinder im Alter von ___ Jahren
- Ich möchte vegetarisches Essen bestellen

Anmeldung

bis 17. November an die SAV-Bundeszentrale: Littenstr.106/107, 10179 Berlin

Für Kinderbetreuung wird gesorgt!

Spenden für internationalen Sozialismus

Die SAV tritt, gemeinsam mit ihren Schwesterparteien aus dem Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI), weltweit für Sozialismus ein. Internationale Solidarität ist für uns keine bloße Floskel. Praktische Unterstützung für den Aufbau einer sozialistischen Alternative in anderen Ländern ist Teil der Aufgabe, die wir uns gestellt haben. Deshalb hat der SAV-Bundesvorstand beschlossen, einen größeren Teil des diesjährigen Spendenappells zum Jahresende an den „Leo Trotzki Gedächtnisfonds“ des CWI zu spenden. Darüber sollen sowohl die Verbesserung der technischen Ausstattung der CWI-Zentrale als auch ein Treffen des internationalen Vorstands, politische Besuche von Hauptamtlichen in Afrika, La-

teinamerika und Asien finanziert werden. Ein Teil der gespendeten Gelder soll direkt zur Unterstützung des Aufbaus einer Sektion in Mexiko und zur regelmäßigen Produktion einer spanischsprachigen Ausgabe unserer US-Zeitung Justice verwandt werden. Die SAV finanziert sich einzig und allein aus Beiträgen von ArbeiterInnen und Jugendlichen. Wir kriegen nicht, wie die etablierten Parteien, schwarze Koffer aus der Wirtschaft zugesteckt, denn wir vertreten konsequent die Interessen derjenigen, die nicht mal eben ein paar Millionen übrig haben, um Politiker zu bestechen. Jeder Pfennig des an die SAV gespendeten Geldes wird von uns für die Verbreitung sozialistischer Ideen und die Organisierung des Widerstandes gegen

die Konzerne verwendet. Für den jetzt anlaufenden Spendenappell hat der Bundesvorstand ein Ziel von 15.500 Mark beschlossen. Mit diesem Geld wollen wir die Anschaffung eines neuen Laserdruckers, einen weiteren Computer und eine bessere Homepage-Präsenz finanzieren. Außerdem wären wir bei Erreichen des Appellziels zum ersten Mal seit Jahren vollständig schuldenfrei. Das sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass die sozialistische Alternative zum Chaos und Elend des Kapitalismus beschleunigt aufgebaut werden kann. Alle Mitglieder und SympathisantInnen der SAV sind aufgerufen, eine möglichst große Spende bei diesem Appell zu leisten.

Daniel Behruzi, Berlin

Sozialistische Alternative – Ortsgruppen

Aachen

OG Ost: Dienstags, 19 Uhr im SAV-Büro, Eifelstr. 13
OG Nord: Mittwochs, 19 Uhr im SAV-Büro, Eifelstr. 13
OG West: erfragen im SAV-Büro
OG Mitte/Süd: Mittwochs, 19 Uhr
Ché-Haus, Pontstr. 41
☎ 0241 - 508685
e-mail: savaachen@aol.com

Berlin

OG Treptow-Köpenick: 030 - 4408429
OG Prenzlauer Berg: Donnerstags, 19 Uhr, Kiez-Club, Jablonskistr. 26, (S-Bahn Prenzlauer Allee)
☎ 030 - 4408429 e-mail: SAVBerlin@compuserve.de

Bremen

Dienstags, 19 Uhr, Jugendfreizeit-zentrum Friesenstr. 110
☎ 0421 - 5 57 68 97
e-mail: savbremen@nord-com.net

Bremerhaven

Infos unter Tel. (030)24723802 bei der SAV-Bundeszentrale

Dresden

Infos unter Tel. (030) 24723802 bei der SAV-Bundeszentrale

Freiburg

Sonntags, 18 Uhr, SAV-Büro, Krozinger Str. 58.
☎ 0761 - 4 16 32 oder
www.SAV-Freiburg-Online.de

Hamburg

Donnerstags, 19 Uhr, GWA St. Pauli, Hamburgerstr.2/H.-Köllisch-Platz (S-Bahn Reeperbahn)
e-mail: savhamburg@gmx.de

Kassel

Montags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 12.
☎ 0561 - 9223522

Kiel

Infos unter Tel. (030) 24723802 bei der SAV-Bundeszentrale

Köln

OG Innenstadt: Dienstags, 19 Uhr, Alterweltaus, Körnerstr. 77-79
OG Kalk: Donnerstags, 19.30 Uhr „Humboldt-Eck“, Kanstr./Ecke Wiersbergstr. (U-Bahn Kalk Kapelle) ☎ 0221 - 8306381

Rostock

Donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Augustenstr. 92 (Eingang über Grüner Weg) ☎ 0381-4996590
e-mail: savrostock@aol.com

Siegen

Infos unter Tel. (030) 24723802 bei der SAV-Bundeszentrale

Stuttgart

Mittwochs, 19.30 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9,
☎ 07 11 - 242442

Sonstige

Kontakt zu folgenden Städten
Cottbus, Darmstadt, Duisburg, Essen und Frankfurt/Main über die SAV-Bundeszentrale, ☎ (030) 24723802

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 24. Oktober. Die nächste VORAN ist die Dezember-Januar-Ausgabe und erscheint am 8. Dezember

Der Kampf ist international

Die SAV ist Mitglied im Komitee für eine Arbeiterinternationale (KAI, engl. CWI – Committee for a Workers' International). Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das KAI hat Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Adresse:
CWI, PO Box 3688, London E11 1YE, GB
Tel.: 0044 20 8558 5814
Fax: 0044 20 8988 8793
E-Mail: cwi@worldsoc.co.uk
www.worldsocialist-cwi.org



Impressum
Littenstr. 106/107, 10179 Berlin
Telefon: (030) 24723802,
Fax (030) 24723804,
e-mail: redaktion@sav-online.de

Überregionale marxistische Monatszeitung – Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Aron Amm
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.
Bankverbindung:
Postbank Essen (BLZ 360 100 43) Konto 2500 59-430

<http://www.sav-online.de>

Demo gegen die NPD-Zentrale in Berlin 10.000 gegen die NPD

Mit knapp 10.000 TeilnehmerInnen war die Demonstration am 7. Oktober in Berlin-Köpenick die größte Demonstration gegen die NPD in diesem Jahr. Auch mehrere hundert AnwohnerInnen aus der unmittelbaren Nachbarschaft beteiligten sich. Aufgerufen hatte ein breites, linkes Bündnis, an dem sich die SAV beteiligt hatte.

Aber die Demo kann nur ein Anfang gewesen sein. Um die NPD-Bundeszentrale dicht machen zu können, müssen wir noch mehr auf die Straße bringen. Es hätten am 7.10. auch Zehntausende von AnwohnerInnen und PDS-UnterstützerInnen vertreten sein können, wenn die PDS-Führung im gleichen Maße mobilisiert hätte, wie sie das in Wahlkämpfen schafft. Eine andere Beteiligung von GewerkschafterInnen und ImmigrantInnen wäre erst recht möglich, wenn die Gewerkschaften, die acht Millionen deutsche und nichtdeutsche ArbeiterInnen organisieren, ihre Basis zu antifaschistischen Aktionen aufrufen würde.

Auf der Demo machten SAV-Mitglieder deutlich, dass ohne politische Antworten auf die brennenden sozialen Fragen keine antifaschistische Bewegung dauerhaft aufgebaut werden kann und dass es notwendig ist, die Verantwortlichen für Rassismus, Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit beim Namen zu nennen.

Der SAV-JRE-Demo-Block zählte 400 DemonstrantInnen. In den sieben von SAV-Mitgliedern organisierten Bussen konnten wir insgesamt 300 AntifaschistInnen nach Berlin bringen. Außerdem unterstützten uns sechs britische GenossInnen, ein schwedischer Genosse und eine Genossin aus

Österreich. Bei den Bündnis-Kundgebungen konnte jeweils ein Mitglied von uns aus Wien, Stockholm und London ein Grußwort halten. Bei der Anreise und bei den Infoständen am S-Bahnhof Spindlersfeld, am S-Bahnhof Köpenick und bei der Abschlusskundgebung am Mandrellaplatz konnten insgesamt ungefähr 320 VORAN verkauft werden und 1.500 Mark für den Spendenfonds eingenommen werden. Wir verteilten 500 SAV-Flugblätter, die gezielt an AnwohnerInnen gerichtet waren. 19 neue InteressentInnen für unsere Partei wurden kennen gelernt.

SAV und JRE waren in Berlin die ersten gewesen, die schon im Sommer öffentlich für eine Demonstration gegen die NPD-Bundeszentrale plakatiert und geworben hatten. Nach dem Anstieg faschistischer Gewalttaten im Sommer hatten Mitglieder von SAV und JRE zum ersten Bündnistreffen die Initiative ergriffen. In der Stadtarbeit zählt vor allem Kontinuität. Darum werden SAV und JRE in Köpenick weiter aktiv sein, um das Kräfteverhältnis vor Ort zuungunsten der NPD zu verschieben. Anderen antifaschistischen Gruppen und Organisationen haben wir vorgeschlagen, gemeinsam eine Telefonkette aufzubauen.

Wie heuchlerisch öffentliche Aufrufe eines Schröders nach mehr Zivilcourage sind, wird daran deutlich, dass der Berliner Senat unter Beteiligung der SPD mit mehr als 500 Polizisten, Wasserwerfern, 38 Festnahmen und 40 Strafanzeigen die AntifaschistInnen am 7. Oktober kriminalisierte. Auf der einen Seite heißt es angesichts von Brandanschlägen gegen jüdische Synagogen in Düsseldorf oder Berlin-Kreuzberg oder der Schändung des jüdischen

Friedhofs in Potsdam, dass der Polizeiapparat überfordert wäre, auf der anderen Seite wurden auf der Demonstration gegen die NPD-Bundeszentrale einmal mehr AntifaschistInnen schikaniert und eingeschüchtert.

In München waren eine Woche vor dem 7. Oktober 8.000 zu einer Kundgebung und zu einem Straßfest gegen Nazi-Gewalt gekommen. Laut dem bayerischen ÖTV-Vorsitzenden Michael Wendl kriminalisierte und drangalierte die Polizei in erster Linie die GegendemonstrantInnen auf dem Münchner Marienplatz. „Wer heute Zivilcourage zeigt, muss damit rechnen, von Polizeibeamten körperlich angegriffen zu werden.“ Wendl prangerte auch die offen zur Schau getragene „fröhliche“ Kumpanei hoher Polizeibeamter, insbesondere des Leiters Rose, mit den NPD-Agitatoren an.



Antifaschismus, bürgerlich

„Faschismus und Hitler, das irdische Böse
Von dem uns Amerika freundlichst erlöste
Denn der Deutsche Heinz Meier, den Hitler verführte
Der sich gegen die Nazis ja niemals nicht rührte
War Demokratie keinesfalls gewohnt
Da in Weimar so manche Regierung gethront.
Das kann uns ja heute mitnichten passieren
Da wir (oder andre) stabil hier regieren.
Ja, das Volk kollektiv, das war damals zu dumm
Und so kam Deutschland (leider) um Hitler nicht rum.“

Ach so, und ich glaubte noch bisher zu wissen:
Dass 3 Millionen Reichsmark von Krupp und von Thyssen...
War wohl nicht so wichtig... ach Entschuldigung, und
Der Heinz Meier von damals im Rotfrontkämpferbund?
Extremistisch verführt, verstehe, verstehe...
Entschuldigung, dass ich das gar nicht so sehe
Aber die obersten Menschen auf den Todeslisten
Das waren auch damals Betriebsaktivisten.
Sozialisten verurteilt, wenn Nazis dreist morden
Terror auf der Straße von braunen Horden
Gewerkschaftshäuser, die lichterloh brennen
Die Arbeiterin wieder zur Hausfrau ernennen
Zerschlagung der Rechte mit allen Gewalten
Geschah damals nicht, um die Klasse zu spalten?
War nicht im Interesse vom Kapital?
Ach so... Propaganda... ich frag ja nur mal.

„Der Nazi im Osten, den im Fernseh ich seh
Ist ein Überbleibsel von der SED
Der kann ja nicht wissen, dass Demokratie
Verantwortung braucht, Verständnis sowie
Zuerst und vor allem ja immer Geduld.
Dass der keinen Job hat, bin ich doch nicht schuld.“

Moment, weil ich langsam im Kopfrechnen bin
So ein sechzehnjähriger, ostdeutscher Skin...
War vor zehn Jahren ... ich hab's aufgeschrieben
Ach ja, hier stehts. Wirklich: er war nicht einmal sieben
Sich wahrscheinlich mit drei von der Windel entwöhnt
Wurd dann ganze drei Jahre von Honnie bedröhnt.
Na ja klar, dass zehn Jahre im Kapitalismus
Zur Erziehung nicht reichen und dass dann der Faschismus
So leichtes Spiel hat... Obwohl, ich kenn einen...
Ich hab mal gehört... ja der scheint wohl zu meinen
Dass Arbeitslosigkeit, keine Aussicht auf Renten,
Massenentlassungen für Höchstdividenden,
Politiker, die sich die Taschen voll machen,
Mit West LB fliegen und all so ne Sachen
Dem Vertrauen ins System nicht förderlich seien,
Und dass braune Gedanken recht gut gedeihen
Wenn die Politiker Leute abschieben
Die aus ihren Ländern durch Folter vertrieben,
Auf der anderen Seite „gute“ Ausländer benennen
Und zwar die, die dem Kapital nutzen können.
Und dass „das Boot ist voll“-Geschrei
Die geistige Form von der Brandstiftung sei.
Dass gerade staatlicher Rassismus
Der Boden für den Neofaschismus...
Was so sagt und was der wohl ist?
Ja tatsächlich... recht hamse... der ist wohl Kommunist.

„Ja klar, den Faschismus, den muss man bekämpfen
Und ich will eure Tatkraft ja keinesfalls dämpfen
Doch Gewalt... dann wärn wir auf derselben Stufe
Wie die Nazis, weshalb ich ja zu Frieden aufrufe.“

Leicht gesagt, wenn man in Frieden stets gelebt
Doch die Wahrheit ist hier, wie ja immer, konkret
Und es werden konkret „Asylanten“ getötet
Und der Himmel war schon manches Mal errötet
Vom Brennen der Flammen, dann war es zu spät
Und selbst wenn ihr dann mal in der Nähe steht
Glaubt ihr die Nazis vom Mord abzubringen
Durch brennende Kerzen, durch Bitten, durch Singen?
Es gibt Orte, da sind wir schon längst draus verbannt
Weil den Faschos niemand konkret gegenüberstand
Weil der Terror der Straße sich eben nicht lange
Aufhalten lässt mit der rechten Wange.
Durch SA und SS starben damals Millionen
Deren geistige Söhne soll man jetzt verschonen?
Sollen wir etwa Angst haben, uns auf die Straße zu wagen?
Es gilt heut wie einst: Nazi-Banden zerschlagen!

David, Kassel



Um die Verbindung von staatlichem Rassismus und dem Anwachsen der Nazi-Gewalt aufzuzeigen, zog die Demo zunächst zum Abschiebeknast in der Grünauer Straße. Von dort ging's zur NPD-Bundeszentrale in Köpenick, die durch ein riesiges Polizeiaufgebot geschützt wurde

Wir überlassen der NPD nicht den Stadtteil Köpenick



Im Mai startete die SAV-Ortsgruppe Treptow-Köpenick zusammen mit JRE eine Kampagne gegen die NPD-Zentrale, die Anfang des Jahres von Stuttgart hierher, in die Seelenbinderstraße, zog. Bis zur Demo am 7. Oktober sammelten wir mehr als 3.000 Unterschriften, verteilten allein für die Demo 6.000 Flugblätter und klebten 1.000 Plakate.

Ines, Berlin

Als wir an einem Samstag im August wieder unseren Infotisch vor dem Einkaufszentrum beim S-Bahnhof Köpenick durchführten wollten, trafen wir auf ungefähr 20 NPDler, die Handzettel verteilten. Klar war, dass wir sie nicht ungestört weiter machen

lassen konnten. Wir, hauptsächlich Frauen, zum Teil schwanger und mit Kind, stellten uns direkt dazu und forderten die PassantInnen auf, den Nazi-Müll wegzuschmeißen und sich gemeinsam mit uns gegen die Faschos zu stellen. Mit Sätzen wie: „Endlich tut jemand etwas gegen die da!“ oder „...und ich dachte schon, ich wäre die einzige, die etwas gegen Faschos hat!“ kamen AnwohnerInnen auf uns zu, um uns zu unterstützen. Binnen kurzer Zeit kamen die „Hüter des Gesetzes“ und mussten den Faschos Platzverweis erteilen. 1:0 für uns. Seitdem zeigen wir Woche für Woche an der gleichen Stelle Präsenz. Wir werden uns hier in Berlin-Köpenick auch nach der Demo den Faschos in den Weg stellen. ■

Das Euromarsch-Bündnis ruft zu einer Mobilisierung nach Nizza auf. Dort wird Anfang Dezember das nächste Gipfeltreffen der Europäischen Union tagen. Informationen zu den Märschen sind in der SAV-Bundeszentrale zu erhalten oder unter www.euromarches.org.

Die SAV im Internet

Unter <http://www.sav-online.de> findet Ihr unsere Website.

Dort findet Ihr:

ältere VORAN's Stellungnahmen Flugblätter
Theoretisches Material Berichte von Kampagnen

➔ Für alles rund um die Website meldet Euch bei:
webmaster@sav-online.de

➔ Unsere Mail-Adresse: info@sav-online.de

➔ Leserbrief, Hinweise, Artikel für die VORAN bitte an:
Redaktion@sav-online.de

Aktiv werden gegen Nazis, Rassisten und Sozialabbau

Am 7. Oktober gingen in Berlin-Köpenick knapp 10.000 gegen die NPD-Zentrale auf die Straße. Diese Demonstration, bei der SAV und Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) eine wichtige Rolle spielten, war ein deutliches Signal gegen Rechts. Sie zeigte auf, dass viele Menschen auf die Straße gehen und ihrer Wut gegen Nazis und Rassismus Ausdruck verleihen, wenn es ein konkretes Angebot dafür gibt. Viele BewohnerInnen von Gebieten, in denen die Nazis aktiv sind oder aufmarschieren wollen, lassen dies nicht zu. So weigerten sich AnwohnerInnen der Stadt Passau, der DVU Benzin, Kneipen oder Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. In Hamburg-Altona gingen 2.000 Leute gegen die NPD auf die Straße, die sich im Stadtteil ausbreiten wollte. Eine noch viel größere Beteiligung wäre möglich, wenn die Führung von PDS und Gewerkschaften ihre Basis mobilisieren würden.

Achtung: Heuchelei!

Zur Zeit schreiben sich auch die etablierten Parteien und Unternehmerverbände den antifaschistischen Kampf ganz groß auf ihre Fahnen. Sie fordern Zivilcourage und ein hartes Vorgehen gegen rechte Straftäter. Bundeskanzler Schröder selbst ruft zu einer Großkundgebung am 9.11. am Brandenburger Tor auf. Doch dieser „Antifaschismus von oben“ ist pure Heuchelei. Es ist verlogen, wenn sich die Politiker von SPD oder CDU heute hinstellen und geschockt sind, dass es Rassismus und rechte Gewalt gibt. Sie haben jahrelang mit ihrer rassistischen Politik den Nährboden dafür bereitet. Egal ob Verschärfung des Asylgesetzes oder Sprüche wie „es kommen zur Zeit vor allem Menschen, die nicht zu uns passen“ (Singhammer, CSU) – überall wurde das Signal ausgesendet, es gäbe zu viele und nicht die „richtigen“ AusländerInnen hier. Mit der Greencard wurde deutlich gemacht, dass nur rein darf, wer von der deutschen Wirtschaft gebraucht wird. Nix da von wegen gleiche Rechte für alle.

Gegen Biedenköpfe und Brandstifter

Der sächsische Ministerpräsident Biedenkopf, CDU, bewies kürzlich einmal mehr, wie blind etablierte Politiker auf dem rechten Auge sind. In einem Interview der Sächsischen Zeitung erklärte er: In Sachsen „haben noch keine Häuser gebrannt, es ist auch noch niemand umgekommen.“ Tatsache ist jedoch, dass selbst nach offiziellen Angaben in den letzten zehn Jahren sieben Menschen in Sachsen Opfer der faschisti-

schen Gewalt wurden und 161 Brandanschläge staatlich registriert sind.

„Antifaschismus von oben“

Durch die rassistischen Morde, die Übergriffe und Anschläge auf Synagogen steht die deutsche Wirtschaft und Politik nun jedoch vor einem Problem. Die Geister, die sie riefen, lassen sich nicht mehr kontrollieren und schädigen das Ansehen und den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die Zahl der rechtsextremen Straftaten hat sich im August mit 1.112 gegenüber dem Vormonat verdoppelt. In Rostock wurden Anfang Oktober ein 27-jähriger Japaner und ein 30-jähriger Koreaner überfallen und zusammengeschlagen.

Deshalb gibt es nun die Offensive gegen Rechts von „denen da oben“. Die wirklichen Ursachen für das Erstarken der Faschisten werden aber nicht aufgedeckt. Die Damen und Herren in den oberen Politik- und Konzernnetzen müssten dann schließlich mit dem Finger auf sich selbst zeigen.

Soziale Frage

Die Probleme der heutigen Gesellschaft, wie Arbeitslosigkeit, zunehmende Armut und Sozialabbau werfen in immer größer werdenden Teilen der Bevölkerung und gerade der Jugend die Fragen nach Alternativen auf. Die Faschisten nutzen dies aus. Sie geben vor, sich aktiv für die Nöte der Jugend und der arbeitenden/arbeitslosen Bevölkerung einzusetzen. Doch ihre rassistische Hetze lenkt nur ab von den wirklichen Schuldigen an der Misere. In trauter Zweisamkeit verschweigen Nazis und Regierung, dass Konzernchefs und Großaktionäre für Arbeitsplatzabbau verantwortlich sind – und daran auch noch verdienen. Sie verschweigen, dass die Banken- und Versicherungshaie gezielt Rassismus nutzen, um die Bevölkerung auseinander zu bringen. Das Prinzip „teile und herrsche“ gilt nach wie vor.

Sind Verbote die Lösung?

Viele AntifaschistInnen heute sind auf der Suche nach dem richtigen Weg und stolpern dabei über die Verbotfrage. Gerade bei dieser Debatte wird noch einmal deutlich, wie wenig wir uns auf den Staat verlassen können. Die Erfahrungen der 90er Jahre mit den Verboten der Wiking-Jugend und FAP zeigen, dass sich Faschisten nicht verbieten lassen und neue Organisationsformen finden. Schon allein der zeitliche Rahmen des Verbotsvorgangs bietet jetzt der NPD genügend Zeit, sich umzustrukturieren. Und wer genau hinschaut, entdeckt außerdem einige Nebenwirkungen. So wird nämlich der Ruf nach generellen Gesetzesverschärfungen laut, wie zum Beispiel Demonstrationsverbote.



7. Oktober, Demo gegen den staatlichen Rassismus und die NPD-Bundeszentrale in Berlin

Antifaschismus von unten ist nötig!

Der einzig wirksame Weg gegen Rassismus und Faschismus vorzugehen, ist auf die eigene Kraft vertrauen und eine Massenmobilisierung von unten aufzubauen. Wenn wir gemeinsam mit nichtdeutschen und deutschen KollegInnen und Jugendlichen den Kampf gegen Rassismus und Sozialabbau führen, sind wir eine starke Kraft. Zusammen wird uns nicht nur das Zerschlagen der faschistischen Kräfte gelingen, sondern auch die Beseitigung allen Übels – die Abschaffung des kapitalistischen Systems. Verbinden wir den Kampf gegen Nazis mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft, dann werden wir erfolgreich sein.

Christine & Marén, Rostock

Mach mit bei der SAV

- Ich möchte ...
- ... weitere Informationen über die SAV
 - ... Mitglied der SAV werden

Name, Telefon

Adresse

Einsenden an: Sozialistische Alternative, Littenstr. 106/107, 10179 Berlin, Telefon: 030-24723802, Fax 030-24723804, e-mail: savbund@t-online.de

⇒ Statt Rassismus:

Arbeit und gleiche Rechte für alle

⇒ **Gemeinsamer Kampf von deutschen und nichtdeutschen ArbeiterInnen und Jugendlichen gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau**

⇒ **Verhinderung von faschistischen Aktivitäten und Aufbau eines effektiven Selbstschutzes durch Gewerkschaften, Immigrantenverbänden, antifaschistischen Organisationen und linken Parteien**

JA, ich möchte VORAN abonnieren:

- zehn Ausgaben zu 25 DM
- ein Förderabo mit einer monatl. Spende von ___ DM bezahlen
- zusätzlich ___ Exemplare zum Weiterverkaufen

Name Telefon

Adresse